



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Roland Christen begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und die Medienvertretenden.

Das stärkste Street-Hockey-Frauenteam der Schweiz komme aus Langenthal. Die Langenthal Devils hätten sich Champagner verdient, da sie am vorletzten Wochenende die Schweizermeisterschaft 2011 gewonnen haben. Er gratuliere zu diesem Erfolg. Er freue sich und danke den Spielerinnen dafür, den Namen Langenthal mit viel Schweiss, Taktik und Können bekannt zu machen.

Am Samstag, 7. Mai 2011, sei in Anwesenheit des Langenthaler Ehrenbürgers, Herrn Johann Niklaus Schneider-Ammann, das Orientierungslauf-Postennetz eingeweiht worden.

Er danke all jenen, die sich vom 2. bis am 5. Mai 2011 im Rahmen der Aktion "Langenthal bewegt" mehr als sonst bewegt haben, indem sie an den top-organisierten Sportanlässen inner- und ausserhalb Langenthals teilgenommen haben. Bei ausgezeichnetem Mai-Wetter habe man sich bewegt, Schweiss abgetrocknet, diskutiert und Freundschaften gepflegt.

Ein grosses Merci gebühre einmal mehr den Verantwortlichen der 1150-Jahr-Feierlichkeiten für deren Idee, Organisation und für die Durchführung der Anlässe. Auf Langenthal würden die Ausdrücke "Freude herrscht" und "Langenthal strahlt" wieder einmal mehr zutreffen.

Stadtratsvizepräsidentin Beatrice Greber: Jeder Tag sei ein besonderer Tag. Heute aber sei für einen im Saal Anwesenden ein ganz speziell besonderer Tag. Herr Stadtratspräsident Roland Christen sei heute vor ein paar Jahren auf die Welt gekommen. Anstatt Geburtstag zu feiern, leite er heute Abend die Stadtratssitzung. Er mache seinen Job mit mehr als 100% Engagement. Im Namen aller Anwesenden wünsche sie dem Stadtratspräsidenten Roland Christen alles Gute zum Geburtstag und weiterhin viel Freude an seinem Ehrenamt. Sie habe ein kleines Geschenk mitgebracht, mit dem eine Alltagssituation zu etwas Besonderem verzaubert werden könne (Champagnertruffes). Ausserdem werde ihn noch heute eine Designer-Karte mit vielen guten Wünschen der Ratskolleginnen und Ratskollegen erreichen.

Im Wissen, dass sich Stadtratspräsident Roland Christen über Lieder sowie über etwas selber Angefertigtes freue, fordere sie alle Anwesenden - unter Anderem auch im Sinne von "Langenthal bewegt" - auf, sich zu erheben um dem Stadtratspräsidenten das Lied Happy-Birthday zu singen. Der Gesang werde bestimmt nicht fehlerfrei klingen, komme aber von Herzen. *(Gesang und Applaus)*

Sie danke allen für das Mitmachen und dafür, heute die Gelegenheit erhalten zu haben, das erste Mal den Ton angeben zu können.

Stadtratspräsident Roland Christen bedankt sich bei Frau Vizestadtratspräsidentin Beatrice Greber ganz herzlich für die arrangierte und wirklich gelungene Überraschung sowie die guten Wünsche.

Im Zusammenhang mit der Schaffung des neuen Bildungs-, Kultur- und Sportamts, welches den Betrieb ab 1. August 2011 aufnehmen werde, bitte er die Vorsteherin Frau Dr. Brigitte Müller, sich kurz vorzustellen.

Dr. Brigitte Müller, Vorsteherin Amt für Bildung, Kultur und Sport dankt dem Rat für die gebotene Gelegenheit, sich vorstellen zu dürfen. Ende März 2011 sei sie vom Gemeinderat nach einem öffentlichen Bewerbungsverfahren zur ersten Vorsteherin des neuen Amtes für Bildung, Kultur und Sport in Langenthal gewählt worden. Sie stehe damit vor der einmaligen, spannenden und herausfordernden Aufgabe, das neue Amt, das am 1. August 2011 die operative Tätigkeit aufzunehmen werde, aufzubauen zu dürfen. Momentan werde an der Zusammenstellung der Crew und an der ganzen Struktur des künftigen Amtes gearbeitet. Sie freue sich sehr auf diese aussergewöhnliche Herausforderung.

Schon der lange Name des neuen Amtes weise darauf hin, dass es sich um ein vielseitiges und facettenreiches Amt handle. Neben Bildungsthemen seien auch Kinder-, Jugend-, Kultur- und Sportanliegen darin beheimatet. Die Abkürzung "Bildungsamt" werde der Aufgabenfülle des neuen Amtes aber nicht gerecht.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Da nicht immer die ganze Aufzählung aller Amts-Bestandteile gemacht werden könne - wozu es tatsächlich einen langen Atem und viel Platz brauche - mache sie beliebt die Abkürzung **ABiKuS** zu verwenden.

Die Abkürzung ABiKuS erinnere an einen Abakus (Zählrahmen), welcher mit seiner Vielzahl an Möglichkeiten und seiner bunten Erscheinung dem neuen Amt auch Rechnung trage.



Biografische Eckdaten zu ihrer Person: Aufgewachsen sei sie in der Stadt Bern, in Ostermundigen, in Langnau und in Kehrsatz. An der Neuen Mädchenschule in Bern habe sie die Ausbildung zur Primarlehrerin gemacht. Anschliessend habe sie Deutsch und Geschichte an der Universität Bern studiert und das Gymnasiallehrerdiplom erworben.

Als Werkstudentin habe sie Unterricht auf allen Schulstufen erteilt. Via Temporärbüros habe sie Einsätze in Industriebetrieben geleistet und Sekretariatsarbeiten erledigt. In vorlesungsfreien Zeiten habe sie als Disponentin in Stellenvermittlungsbüros und im Ausland-Schweizer-Sekretariat gearbeitet. An der Techniker- und Ingenieurschule Grenchen-Solothurn habe sie Deutsch unterrichtet.

Nach Abschluss des Lizentiats und dem Erwerb des Gymnasiallehrerdiploms habe sie als wissenschaftliche Assistentin an der Universität Bern gearbeitet und nebenbei eine Dissertation zu einem Kulturthema: "*Dichterbilder*" in Literaturgeschichten (eine rezeptionsanalytische Studie zu Droste-Hülshoff, Heine und Mörike) geschrieben.

Ab 2003 habe sie in Thun als stellvertretende Chefin des "Amts für Bildung", das 2006 zum "Amt für Bildung und Sport" reorganisiert worden sei, gearbeitet. Seit Februar 2010 engagiere sie sich als Fachbereichsleiterin Bildung in Langenthal. Sie wohne in Langenthal und in Hünibach am Thunersee und zähle Lesen, Reisen, Wandern und kulturelle Sachen zu ihren Hobbys.

Sie freue sich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Parlament. Die eine oder andere Vorlage werde für genügend Diskussionsstoff sorgen.

(Applaus)

Stadtratspräsident Roland Christen: Als Ratspräsident und im Namen des Parlamentes wünsche er Frau Dr. Brigitte Müller bei der Erfüllung der vielen künftigen Aufgaben und Aktivitäten viel Kraft, Freude, Genugtuung, alles Gute und einen guten Start. Im Namen des Rates wünsche er sich eine gute und konstruktive Zusammenarbeit und bittet zu bedenken, dass viele Augen auf sie gerichtet seien und sein werden.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **4** Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. Projekt "Wohnen mit Dienstleistungen" (Seniorenwohnungen St. Urbanstrasse 40 und 42); Projektgenehmigung und Bewilligung der Finanzierung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

Stadtratspräsident Roland Christen weist vor der Detailberatung zu Händen des Protokolls darauf hin, dass der vorliegende Beschlussesentwurf (Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat vom 6. April 2011) einen Fehler enthalte: Der Einleitungssatz "*Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung ...*" sei falsch. Da der Beschluss dem fakultativen Referendum unterstehe, laute der Artikelhinweis korrekt: "*Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung ...*". Im Namen der Verfasser bitte er diesen Fehler zu entschuldigen.

II Detailberatung:

Gemeinderat Reto Müller: Als er am 29. November 2010 zur Motion Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010: Alterszentrum Haslibrunnen Stellung genommen habe, habe er von seiner Vision erzählt, in Langenthal alt werden zu wollen. In der Zwischenzeit und vor Allem am vergangenen Montag habe er in den Stadtratsfraktionen - in der knappen dafür zur Verfügung gestanden Zeit - versucht, die Visionen des Gemeinderates im Bereich "Wohnen und Pflege im Alter" aufzuzeigen. Er sei sich vollkommen bewusst, dass er die Fraktionsteilnehmenden mit den Informationen rund um die Strategie, die Leitlinien, die Alterswohnungen an der St. Urbanstrasse, die Rentabilität etc. etc., fast erschlagen habe. Er habe mit aller Kraft der Argumente versucht, die Meinung des Gemeinderates näher zu bringen, um die Teilnehmenden davon zu überzeugen, dass dieser Schritt in die Richtung der zur erfüllenden Strategie unabdingbar sei. Er persönlich sei nach wie vor fest davon überzeugt, dass die heute zur Beschlussfassung vorliegende Vorlage absolut korrekt, wichtig und auch richtig sei.

Er verzichte darauf, auf alle in den Fraktionen bereits erwähnten Punkte nochmals einzugehen und beziehe sich ganz bewusst nur noch kurz auf gewisse Punkte:

- Aus Sicht des Gemeinderates gehe es vor Allem darum, gegenüber der älteren Generation Verantwortung wahr zu nehmen. Die Altersversorgung und die Alterfürsorge sei für den Gemeinderat mehr als eine gesetzliche Verpflichtung oder eine moralische Verantwortung. Schliesslich habe die Generation, die heute in den bestehenden Alters- und Pflegeheimen und den Seniorenwohnungen bereits beherbergt werde, den Weg bereitet, der heute weiterbeschritten werden dürfe. Auch die Vorväter und Vormütter seien visionär gewesen, indem sie beispielsweise vor 100 Jahren Aktien eines Flusskraftwerkes gekauft haben, die von der heutigen Generation unter dem onyx-Deal haben verflüssigt werden können. Mit diesen Mitteln könne heute etwas aufgebaut werden, wovon ältere, heutige als auch künftige Generationen etwas haben und profitieren können.
- Beim heutigen Geschäft handle es sich um mehr als nur um eine Vision. Vielleicht lohne es sich aber trotzdem mehr als zwei, drei Jahre in die Zukunft zu blicken. Wenn die Umsetzung im Sinne der Planung sowie weiterhin dem Parlaments- als auch dem Volkswillen entsprechend verlaufe, dann werde in zwei bis drei Jahren das Alterszentrum Haslibrunnen eine selbstständige Rechtsform haben.
- Das Alterszentrum Haslibrunnen funktioniere bereits heute als Unternehmen. Wie in jedem anderen Heim in Langenthal müssen mit den Einnahmen der Bewohnenden (Heimtarife) die Ausgaben gedeckt werden können. Einzig die stadteigene Stiftung für Alterswohnen, welche Wohnungen an der Schützenstrasse 4, im Bäegg und in der Haldenstrasse betreibe, habe seit dem Volksbeschluss von 1970 eine geltende Defizitgarantie der Stadt.



- Die letzten Gelder seien mit Stadtratsbeschluss vom 26. Oktober 2009 (Beschluss: Therapiebad Lindenhof; Umwandlung eines zinslosen Darlehens [Fr. 300'000.00] in eine Schenkung) in ein Altersheim geflossen. Damit bringe er zum Ausdruck, dass es dem Gemeinderat gleich sei, in welcher Institution die Leute (Mitbürgerinnen und Mitbürger) ihren Lebensabend verbringen, da alle Institutionen ihre Pflicht erfüllen und dadurch den Gemeinde- als auch den Stadtrat in ihrer Verantwortung in Bezug auf die Altersfürsorge entlasten. In diesem Sinne seien dem Gemeinderat auch alle Anbieter gleich wichtig.

Für die Zukunft des Alterszentrums Haslibrunnens spiele es jedoch eine Rolle, wie dessen künftige Wirtschaftlichkeit sowie die Möglichkeiten des künftigen Zentrums organisiert werden. Auch wenn es - wie in den Fraktionen bereits erwähnt - technisch brutal töne, rentiere eine Bewohnerin oder ein Bewohner in einem Alterszentrum erst ab einer gewissen Pflegestufe. Eine Heimbewohnerin oder ein Heimbewohner müsse in der Pflegestufe BESA 3 sein, um für ein Heim wegen der Tarife rentabel zu sein, was im Übrigen für alle gelte. Das Problem sei nun aber, dass jemand bereits ab der Pflegestufe BESA 1 zu Hause oder wo auch immer Unterstützung zum Wohnen und Leben brauche. Diese Unterstützung müsse von der Spitex oder anderen Anbietern angeboten werden können, so wie dies mittels den 26 Wohnungen an der St. Urbanstrasse möglich und vorgesehen sei.

Es gelte sich nun zu fragen, ob die gebotene Gelegenheit in unmittelbarer Nähe zum Alterszentrum Haslibrunnen wirklich ausgelassen werden soll, ob tatsächlich nicht darauf eingestiegen werden soll, obwohl eine Investorin (Pensionskasse CoOpera) vorhanden sei, die in ihrem Reglement die Unterstützung von sinnvollen Projekten im Altersbereich festgeschrieben habe und die in der Region Bern bereits ähnliche Projekte finanziere. Aus Sicht des Gemeinderates sei es zudem fraglich, in wie weit es Sinn mache, wenn sich weitere Anbietende in Langenthal ansiedeln.

Über den Zeitpunkt des Engagements lasse sich natürlich streiten. Selbstverständlich wäre es optimaler, wenn zuerst die Auslagerung bzw. die künftige Rechtsform hätte geklärt werden können, bevor "neue Aufgaben" von der "Stadt" übernommen werden. Diesbezüglich sei es verständlich, wenn nicht alle Stadträtinnen und Stadträte Freude am Projekt haben. Nichts desto Trotz gelte es sich beim Führen fundamentaler Grabenkämpfe aber bewusst zu sein, dass es einem alten Menschen keine Rolle spiele, ob der Betreiber des Angebots privat- oder öffentlichrechtlich organisiert sei, insofern der Aufenthalt finanzierbar sei und gefalle. Gemäss Untersuchungen gehören zu den "big twelve Bedürfnissen" von Leuten im Alter erstens: Essen und Trinken, zweitens: Sicherheit. Die Frage der Rechtsform des Betreibers tauche in den "big twelves" nicht auf. Das Projekt mit der CoOpera sei ein Gewinn für die Stadt Langenthal, der dank moderater Mieten relativ direkt an die Seniorinnen und Senioren weitergegeben werden könne.

Die Übernahme neuer Aufgaben in diesem Projekt mache Sinn, weil die Tätigkeit der Hausverwaltung, die der Hauswartung und die der Dienstleistungserbringenden (Pflegepersonen) - die mittels Vertrag mit dem Alterszentrum Haslibrunnen garantiert werden - aus Sicht des Gemeinderates aus einer Hand passieren müssen, damit das umfassende Betreuungskonzept richtig greifen könne. Wenn eine Angestellte oder ein Angestellter des Alterszentrums Haslibrunnen beim Treppenhausputzen beispielsweise feststelle, dass Frau X deutlich in der Bewegung und Mobilität eingeschränkt sei, habe sich die oder der Angestellte, als Teil des Betreuungsteams, zwingend dafür zu interessieren und entsprechend zu handeln. Wenn nun aber das Treppenhausputzen dem Reinigungsinstitut Z übergeben werde, werde ein vertraglich vereinbarter Reinigungsauftrag ausgeführt. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, wie sie zwischen den verschiedenen Pflege- und Betreuungsteams funktioniere und womit eine wirkliche Qualität für das neue Angebot garantiert werden könne, finde damit nicht statt.

Wichtig sei, dass die Stadt keine Liegenschaftsabrechnung übernehme, sondern lediglich die Wohnungen untervermietete und deren Bewohnerinnen und Bewohner betreue.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Die CoOpera habe völlig unabhängig von der Stadt beschlossen, auf dem ehemaligen Kasparareal Alterswohnungen zu bauen. Die Architekten, insbesondere Herr Marcel Blum, seien darauf hin mit der Stadt in Kontakt getreten. Der Gemeinderat sei der Meinung, sich die gebotene einmalige Chance - in der Nähe zum Alterszentrum Haslibrunnen das Kompetenzzentrum "im Alter" weiter entwickeln zu können - nicht entgehen zu lassen zu wollen.

Im Sinne eines Versprechens weise er darauf hin, dass einer der nächsten Schritte, den der Gemeinderat in der Umsetzung der Strategie im Bereich Wohnen und Pflege im Alter in Langenthal unternahme, darin bestehen werde, einen Antrag zur Rechtsform vorzulegen, was von einigen langersehnt werde. Der Gemeinderat nehme die Anliegen des Stadtrates - auch wenn dies von einigen heute Abend bestritten werde - sehr ernst und sei wirklich gewillt im Projekt der künftigen Rechtsform offene Fragen unter Einbezug aller Fraktionen und Parteien zu klären. Die Initiierung des Prozesses sei im ähnlichen Rahmen vorgesehen, wie die Erarbeitung der Stadttheater-Renovation, was zum gemeinsamen und harmonischen Ziel führen soll, eine genügende, rentable und gerechte Altersversorgung für alle Menschen in Langenthal zu erreichen. Wenn dem nicht so sein sollte, sei er zu teeren und zu federn, anstelle auf Kosten der Pensionärinnen und Pensionäre am heutigen Abend einen entsprechend negativen Entscheid zu fällen. Als Ressortvorsteher für Altersfragen und damit stellvertretend für ziemlich viele alte Leute, die das neue Angebot nutzen wollen und nutzen werden, bitte er um Zustimmung zur Vorlage.

Pierre Masson, GPK-Vizepräsident: Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er vorab allen an der Vorlage Beteiligten für die geleistete Arbeit und die ausführlich vorliegende Dokumentation in der Aktenaufgabe. Nach eingehender Prüfung und Diskussion habe die Geschäftsprüfungskommission die formelle Richtigkeit der Vorlage trotz des Schönheitsfehlers im Ablauf des Geschäftes einstimmig festgestellt. Wie den Unterlagen entnommen werden könne, sei die Abstimmung der Finanzkommission gestützt auf eine falsche Information betreffend das Mietzinsinkassorisiko erfolgt. Das "Missverständnis" sei aber bereits am nächsten Tag korrigiert und mit einem entsprechenden Nachtrag im Protokoll vermerkt worden. Zudem habe eine diesbezüglich unter den Mitgliedern der Finanzkommission durchgeführte Umfrage zu keinen anderen Mehrheitsverhältnissen geführt. Obwohl von Seiten der Geschäftsprüfungskommission der Ablauf des Geschäftes als korrekt bestätigt werde, bittet diese, Ungereimtheiten solcher Art künftig zu vermeiden.

Rudolf Lanz, FDP-jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion danke Herrn Gemeinderat Reto Müller für die Ausführungen. Es sei richtig, dass es einer Altersheimbewohnerin oder einem Altersheimbewohner eigentlich egal sei, ob das Heim öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich betrieben werde. Die FDP stehe ganz klar für das Wohnen im Alter und für das Seniorenheim etc. ein. Die FDP stehe auch für die Bildung ein. Ohne Weiteres soll auch wer solche Grundsätze bejahe, kritische Fragen stellen dürfen. Die Mehrheit der FDP/jll-Fraktion lehne das Geschäft ab.

Das Vorgehen, mit den Seniorenwohnungen das Angebot des Alterszentrums Haslibrunnen zu erweitern, werde als fraglich erachtet, was nicht als Kritik am Altersheim Haslibrunnen zu verstehen sei, dessen Leistungen sehr gut seien. Wer die Vorlage jedoch richtig lese, stelle fest, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern der Seniorenwohnungen an der St. Urbanstrasse folgendes zusätzliches Leistungsangebot gemacht werden soll: Einrichtung eines 24-Stunden-Notrufdienstes sowie die Erbringung eines Reinigungs-, Mahlzeiten- und Wäschereidienstes, eines technischen Dienstes und eines Party-Services. Zudem sollen die Bewohnerinnen und Bewohner die Cafeteria des Altersheims benutzen können. Auch soll ihnen ermöglicht werden, kostenlos an kulturellen Anlässen teilnehmen zu können und sie sollen persönlich beraten und unterstützt werden. All dies sei mit Kostenfolgen für die Bewohnerinnen und Bewohner verbunden.

Um nun all diese Leistungen anbieten zu können, wolle die Stadt Langenthal sämtliche der 26 Wohnungen mieten und die Hausverwaltung übernehmen. Ohne auf die Kosten einzugehen, lege er eine 7-Punkte-Beurteilung vor. Da die Punkte gravierend seien, bitte er diese stark zu reflektieren:



- Das vorliegende Projekt schiesse über das Ziel hinaus. Die genannten Leistungen können auch erbracht werden, ohne dass die Stadt Mieterin sämtlicher Wohnungen werde.
- Der Gemeinderat werde seinen eigenen Grundsätzen - die er persönlich absolut teile - nicht gerecht und widerspreche diesen. Der Gemeinderat wolle, dass die Stadt subsidiär in öffentliche und private Dienstleistungen eingreife und dies nur dann, wenn der Markt nicht spiele. Im vorliegenden Fall spiele der Markt aber. Die CoOpera habe die Seniorenresidenz bauen wollen, ohne von der Stadt dazu gedrängt worden zu sein. Demgemäss stelle sich doch die Frage, weshalb aktiv in den Wettbewerb eingegriffen werden soll. Fraglich sei auch ob der - gemäss Aussage von Gemeinderat Reto Müller - der Stadt passende Standort mit seiner Nähe zum Alterszentrum Haslibrunnen es rechtfertige, gegen alle anderen kritisch zu sein.
- Er denke, dass ein ordnungspolitischer Fehler begangen werde, weil damit ein "Fehleingriff" in den Markt unternommen werde. Die Stadt garantiere nur einem privaten Anbieter eine Rendite, allen anderen Anbietern von Seniorenwohnungen werde dieses Angebot nicht gemacht. Das gehe zu weit. Der Stadtrat sollte sich dies heute und der Gemeinderat hätte sich dies vorher überlegen sollen, dass damit ein massiver und nicht erforderlicher Eingriff in die Privatwirtschaft erfolge, der zudem den eigenen Grundsätzen widerspreche.
- Die Untervermietung an künftige Bewohnerinnen und Bewohner berge weitere Gefahren. Es stelle sich die Frage nach welchen Kriterien die Bewerbenden ausgewählt werden. Die Verantwortung eines privaten Anbieters unterscheide sich klar von derjenigen einer öffentlichen Institution. Der von Herrn Gemeinderat Reto Müller anlässlich der Fraktionssitzung der FDP/jll gemachten Aussage, dass dies eine rein operative Angelegenheit sei, müsse er klar widersprechen. Wenn die Stadt mieten und untervermieten wolle, müsse sie über nachvollziehbare Kriterien verfügen, um nicht Gefahr zu laufen, willkürlich zu handeln oder die Verhältnismässigkeit zu verletzen.
- Rechnungen seien einsehbar gewesen, wonach das maximale Risiko der Stadt Fr. 10'000.00 betrage. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten möge dies richtig sein, rein rechtlich gesehen, gehe die Stadt jedoch einen 5-jährigen Mietvertrag ein, was Kosten von Fr. 464'756.00 verursachen könne. Rechtliche und wirtschaftliche Punkte gelte es im vorliegenden Fall ganz klar zu unterscheiden.
- Dass die Stadt die Hausverwaltung übernehme, sei zumindest aussergewöhnlich und dazu sehr seltsam. Ein latenter Interessenskonflikt zwischen der Stadt als Mieterin und der CoOpera als Vermieterin sei vorprogrammiert. Wie dieser Interessenkonflikt gelöst werden soll, müsse noch ausdiskutiert werden können.
- Schliesslich müsse zur Hausverwaltung noch gesagt werden, dass die Stadt heute über keine diesbezügliche Erfahrung verfüge und deshalb eine entsprechende Stelle schaffen müssen. Dass nun die Stadt einfach einspringe, weil der Vermieter die Hausverwaltung nicht machen wolle, sei ebenfalls fragwürdig.

Die Mehrheit der FDP/jll-Fraktion lehne das Geschäft ab. Zum formellen Teil werde er später noch einige persönliche Gedanken äussern.

Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion: Betagte Menschen haben nach einem langen, erfüllten Leben bestimmt einen friedlichen Lebensabend verdient. Alterswohnungen mit Dienstleistungen können die Lebensqualität im Alter sehr viel verbessern. Viele betagte Menschen müssen im Alter allein leben, allein für sich sorgen, wenn ihre Kräfte nachlassen oder wenn sie krank und gebrechlich sind. Eine Kleinigkeit kann in diesen Situationen bereits ein grosses Problem darstellen. Die Gewissheit zu haben, dass Hilfe angefordert werden dürfe und könne, biete eine hohe Sicherheit, die bestimmt sehr geschätzt und genutzt werde. Diese Möglichkeit sei nicht nur für die Betagten selber, sondern auch für ihre Angehörigen eine enorme Unterstützung. Ein 24-Stunden-Notruf in nächster Nähe beruhige und helfe. Für das Image der Stadt sei es gut, ein solch gutes Angebot anbieten zu können. Betagte Menschen würden sich so integriert und auch geschätzt fühlen.



Der Standort der Wohnungen sei ideal und entspreche voll und ganz den Bedürfnissen Betagter. Der Anschluss ans Alterszentrum Haslibrunnen mit seiner Cafeteria sei optimal. Das Risiko, dass die Wohnungen leer stehen könnten, sei sehr gering und wäre für die Stadt gut tragbar. Dass die Wohnungen durch die vorgeschlagene Verwaltung verteuert werden, sei unwahrscheinlich und nicht zu befürchten. Im Gegenteil. Eine private Übernahme wäre vermutlich viel teurer.

Langenthal habe heute die Chance nicht nur für die Kinder, sondern auch für betagte Menschen eine attraktive Stadt zu sein. Die SP/GL-Fraktion stimme dem Geschäft mit voller Überzeugung einstimmig zu.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die demografische Entwicklung von heute und vor Allem die Prognose für die Zukunft würden deutlich zeigen, dass der Anteil von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit über 65 Altersjahren stetig wachse und damit verbunden auch die Nachfrage nach altersgerechtem Wohnraum kontinuierlich zunehme. Die Frage, ob es Alterssiedlungen mit entsprechender Infrastruktur brauche oder nicht, sei damit bereits klar beantwortet.

Bei der Vorlage gehe es um die prinzipielle Frage, ob die Stadt aktiv in den Alterswohnungsmarkt eingreifen soll oder nicht. Und wenn ja, unter welchen Bedingungen und Konditionen dies zu geschehen habe. Die EVP/glp-Fraktion sage klar ja, weil sie der Meinung sei, dass sich die Stadt als eine Institution der Öffentlichkeit auch am Markt beteiligen dürfe, damit zentrumsnahe Alterswohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen angeboten werden können, was mit der Vorlage genau angestrebt werde.

Die Stiftung CoOpera erhalte mit der Stadt eine garantierte Mieterin und die Stadt wiederum könne diese Wohnungen, weil sie nicht als private Investorin tätig sei, zu vernünftigen Mietpreisen anbieten. Die EVP/glp-Fraktion erachte dieses Vorgehen nicht als marktverfälschend, da jeder Ersteller von Wohnungen, der sie auch selber vermiete und verwalte, die selben Mieten anbieten könnte. Die Rechnung gehe nur dann nicht auf, wenn nebst dem Investor, der die Wohnungen erstellt habe, ein zusätzlicher Dritter dazukomme, der auch wieder eine Rendite von 5 bis 6% erzielen müsse, was die Mietzinse natürlich wesentlich verteuere.

Die EVP/glp-Fraktion habe vom finanziellen Standpunkt her keine Bedenken zur Vorlage. Auf dem Platz Langenthal gebe es momentan zu wenig Angebote mit altersgerechtem Wohnraum, womit die Nachfrage sicher gegeben sei und das Leerstandsrisiko als unproblematisch erachtet werden könne. Auch könne beobachtet werden, dass - wo Alterswohnungen gebaut werden - diese bereits vermietet oder als Eigentum verkauft seien, bevor die Gebäude fertig erstellt seien. Zudem betrage das durchschnittliche Vermögen eines Rentners heute zu Tage über Fr. 300'000.00, so dass dieser einige Zeit in der Wohnung leben könnte, ohne insolvent zu werden. Seines Wissens habe es in der Stiftung von Alterswohnungen in den letzten 20 Jahren einen einzigen Insolvenzfall gegeben.

Aufgrund der erwiesenen Nachfrage, dem sehr gering einzustufenden Risiko sowie der Tatsache, dass das Geschäft dem Altersleitbild der Stadt Langenthal vollumfänglich entspreche, stimme die EVP/glp-Fraktion dem Geschäft einstimmig zu.

Albert Schaller, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstütze das Prinzip der Alterspolitik und die gemeinderätliche Strategie vollumfänglich. Auch der Bedarf an Alterswohnungen werde nicht in Frage gestellt. Nach Auffassung einiger Fraktionsmitglieder mache der Gemeinderat mit dem vorliegenden Geschäft aber einen "Misstritt". Die Kritik zum Geschäft und die zum Teil ablehnende Haltung zur Vorlage betreffe aber weniger die finanziellen Risiken, die sicher überschaubar seien, als die Frage, ob es generell die Sache der Stadt sei, Risiken für Private zu übernehmen, indem die Stadt Renditen garantiere und das Vermietungsrisiko übernehme.

Gemäss den Leitsätzen des Gemeinderates in der Alterspolitik (Zitat): *"Die Stadt wirkt subsidiär unterstützend zu anderen öffentlichen und privaten Dienstleistern und ergreift die Initiative, wo der Markt nicht spielt und die Angebote die Bedürfnisse nicht zu befriedigen vermögen."* Es sei nie die Rede davon gewesen, dass die Stadt Stellenprocente schaffen müsse, um die Vermietung und die Hauswartung übernehmen zu können. CoOpera habe aus eigenem Antrieb beschlossen, Alterswohnungen zu bauen. Auf die sich daraus ergebende Frage, weshalb CoOpera diese Leistungen nicht durch eine professionelle Liegenschaftsverwaltung ausführen lasse, habe Gemeinderat Reto Müller lapidar geantwortet, dass die CoOpera dies nicht wolle!



Im Übrigen sei die Bereitstellung der Zusatzleistungen auch dann gewährleistet, wenn die Stadt sich aus der Vermietung heraushalte.

Wie eingangs bereits erwähnt, stehe die SVP-Fraktion dem Geschäft kritisch gegenüber. Ein Teil der Fraktionsmitglieder lehne die Vorlage ab, andere Fraktionsmitglieder werden aufgrund der kurzen zeitlichen Abfolge dem Geschäft trotz Vorbehalten zustimmen. Aus diesem Grund habe die SVP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Beat Sterchi: Grundsätzlich erachte auch er das Angebot für betreutes Wohnen als richtig. Im Gegensatz zu Stadtrat Rudolf Lanz betrachte er die Vorlage vielleicht eher aus einer etwas rechtlichen Sichtweise. Er müsse sagen, dass die Vorlage, die "Wohnen im Alter" zur Gemeindeaufgabe mache, auch aus juristischer Sicht nicht zu befriedigen vermöge.

Der Gemeinderat widerspreche mit diesem Vorschlag seinem eigenen Altersleitbild, welches der Stadt und ihren Behörden richtigerweise die Aufgaben eines Koordinators und - soweit notwendig - die eines Unterstützers von privaten und gemeinnützigen Angeboten zuweise.

Der zuständige Ressortvorsteher müsse sich heute den Vorwurf gefallen lassen, dass er die nötigen Weichenstellungen nicht rechtzeitig vorgenommen habe und nun drei Monate vor der Fertigstellung der Wohnungen an der St. Urbanstrasse eigentlich in der Klemme stecke. Wenn nämlich der Stadtrat den Vorschlag des Gemeinderates ablehne, werde die Übung sehr wahrscheinlich aus zeitlichen Gründen scheitern. Obwohl die Stadt sich im Leitbild die Pflicht auferlegt habe, Altersfragen zu koordinieren, sei die Frage der Trägerschaft betreffend das betreute Wohnen von Senioren weder mit der Stiftung Lindenhof noch mit anderen Dienstleistern im Seniorenmarkt besprochen worden, was seiner Meinung nach fahrlässig sei.

Offensichtlich haben die zuständigen Behörden und Personen in der Stadtverwaltung, aber auch im Gemeinderat noch nicht begriffen, dass die Stadt Langenthal mit der neuen Finanzierungsordnung für Alters- und Pflegeheime nicht über die nötigen Strukturen und vor Allem nicht über die notwendigen Mittel verfüge, um im Seniorenbereich selbstständig Heime führen zu können und noch weitere zusätzliche Aufgaben übernehmen zu können und auch noch das finanzielle Risiko dafür tragen zu können. Die Struktur sei ganz klar darauf ausgerichtet, dass wie bis anhin, sämtliche Investitions- und Betriebskosten durch den Lastenausgleich und durch die Sozialversicherungen getragen werden, was aber in Kürze nicht mehr der Fall sein werde. Eine Sozialkommission, die sich mit einer zunehmenden Anzahl von Sozialfällen konfrontiert sehe, werde nie in der Lage sein, einen Heimbetrieb oder andere Aufgaben im Seniorenbereich wirksam beaufsichtigen zu können - geschweige denn führen zu können. Auch deshalb erachte er die vorgeschlagene Gemeindelösung als grobfahrlässig und nicht verantwortbar.

Wenn er die Vorlage richtig verstehe, gehe es nicht nur darum, Wohnraum und Dienstleistungen für Senioren anzubieten, was die CoOpera an sich ja schon selber mache, sondern auch darum, Mieter nach sozialpolitischen Kriterien auszuwählen bzw. die Mietbedingungen entsprechend festzulegen. Die Vorlage beantworte aber nicht, nach welchen Kriterien dies zu erfolgen habe. Aus diesem Grund habe er nach der Finanzkommissionssitzung - an der er zwar nicht teilgenommen im Nachhinein aber trotzdem feststellt habe, dass unrichtige Auskünfte erteilt worden seien - verlangt, dass die gesamte Vorlage nochmals auf ihre rechtliche Stichhaltigkeit hin überprüft werden soll. Aufgrund der vorliegenden Akten müsse er nun leider feststellen, dass dies nicht erfolgt sei, weshalb er sich heute Morgen beim Amt für Gemeinden und Raumordnung erkundigt habe, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen eine neue Gemeindeaufgabe wie das "Wohnen im Alter" möglich sei. Die erhaltene Antwort laute klar, dass die Regelung der neuen Gemeindeaufgabe "Wohnen im Alter" einer speziellen reglementarischen Grundlage bedürfe, die die Auswahlkriterien für Mieter, die Bedingungen für die Benutzung des Leistungsangebots sowie vor Allem die Verantwortlichkeiten und die Finanzierung klar umschreibe und festlege.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Da ein entsprechendes Reglement nicht vorliege, sei er dankbar, wenn vor der Beschlussfassung folgende vier Fragen beantwortet werden könnten:

1. Wie und wann werden die Kriterien für die Benutzung des neuen Leistungsangebots rechtsverbindlich geregelt?
2. Was passiert, wenn der Stadtrat heute dem Vertrag mit CoOpera-Stiftung und der Finanzierung der Mittel zustimme, das später erforderliche Reglement aber nicht in Kraft gesetzt werden könne, weil gegen Gemeindereglemente doch immerhin das fakultative Referendum ergriffen werden könnte?
3. Sind die entsprechenden Vorbehalte im Vertrag mit der CoOpera ausbedungen worden?
4. Ist es überhaupt rechtlich heute möglich, definitiv über das Geschäft zu entscheiden, wenn das erforderliche Reglement noch nicht vorliegt?

Rudolf Lanz: Die FDP/jll-Fraktion habe einen Altersgipfel durchgeführt. Die FDP/jll-Fraktion habe bereits damals einen Grundsatzentscheid über die Alterspolitik in Langenthal gewollt. Herr Stadtrat Urs Zurlinden und er haben ein Postulat eingereicht. Er habe eine Motion eingereicht für Altersfragen. Mit all dem sei eine Grundsatzdiskussion über das Pro und Contra und über die Vision des Gemeinderates im Stadtrat gewollt gewesen. Bis anhin habe der Stadtrat aber nur Vorlagen erhalten. Bei der ersten Vorlage betreffend das Bauprojekt bzw. den Projektwettbewerb des Altersheims, habe man nicht einmal gewusst, welche Kosten der Neu- oder Erweiterungsbau nach sich ziehen werde. Das Geschäft sei nicht gut vorbereitet worden. Heute liege wieder eine Umsetzungsmassnahme vor, die ordnungspolitisch sehr fragwürdig sei und die nächste Umsetzungsmassnahme stehe schon wieder zur Diskussion. Man werde darüber reden, ob das Gebäude an der Schützenstrasse 4 gekauft werden soll oder nicht. Er fühle sich sehr unglücklich irritiert dabei, weil er der Meinung sei, dass nicht über Umsetzungsmassnahmen beschlossen werden dürfe, bevor - wie der Stadtrat und Mitglieder des Stadtrates schon lange fordern - eine Grundsatzdiskussion zum Geschäft geführt worden sei.

Die Geschäftsprüfungskommission habe es bereits erwähnt, dass in der Finanzkommission Fragen gestellt worden seien, die nicht alle glücklich und richtig beantwortet worden seien. Als ein Mitglied der Finanzkommission habe er deshalb eine neue Sitzung einberufen wollen, um das Geschäft nochmals zu beraten. Als Parlamentarier störe es ihn nun ganz gewaltig, unter Anderem die Antwort erhalten zu haben, dass die Zeit für eine weitere Sitzung nicht vorhanden sei, da das Gebäude stehe und die Wohnungen jetzt vermietet werden müssen. Die Mitglieder des Stadtrates dürfen erwarten, dass die Planung des Gemeinderates eine ausführliche Diskussion zulasse.

Eminent störend finde er das von Gemeinderat Reto Müller verfasste Papier worin stehe (Zitat:) *"Die Zusammenarbeit im Sinne einer Public Private Partnership mit der CoOpera Sammelstiftung PUK - einer Pensionskasse, welche bereits in diverse andere Projekte im Kanton Bern im Bereich des Alterswohnens involviert und engagiert ist - entspricht den Wünschen und Voten der Stadtratsfraktionen der FDP und SVP zur Vorlage des Projektwettbewerbs "Ausbau und Renovation des Alterszentrums Haslibrunnen"*. Diese Aussage sei aus dem Zusammenhang gerissen. Er könne sich nicht erinnern, dass die Stadtratsfraktion FDP/jll dieser Vorlage explizit zugestimmt habe und damit einen ordnungspolitischen Fehltritt habe machen wollen, wie er jetzt gemacht werde. Die Aussage sei seiner Meinung nach zumindest dreist und eine Fehlinformation erster Güte, was so nicht vorkommen dürfe.

Als Stadtparlamentarier störe es ihn auch ganz gewaltig, dass er - während seines gestrigen Sonntagsspaziergangs vorbei am Seniorenwohnheim vorbei - auf der Baureklame habe lesen müssen: "Vermietung: Stadt Langenthal". Auch dort werde bereits wieder ein Beschluss vorweggenommen, der noch gar nicht gefällt worden sei, was unlauter sei. Er bitte den Gemeinderat vorsichtiger zu sein, die Parlamentarier Ernst zu nehmen und die Geschäft so zu führen, wie es sich nach Sorgfaltsprinzipien gehöre.



Beatrice Lüthi: Es sei eine Aufgabe der Stadt, Regelungen und eine Organisation für Menschen im Alter zu treffen. Das heisse, dass ein Verzicht auf diese Aufgabe wohl kaum möglich sei, wogegen aber verschiedene Formen zur Erfüllung der Aufgabe sicher diskutiert werden können. Für sie persönlich heisse das, dass die Stadt eine Ausfallverantwortung habe, womit in diesem Sinne eigentlich das ganze Thema auf Gemeindeebene "to big to fail" sei und wie auch immer gemacht werden müsse. In diesem Zusammenhang habe wirklich keine Diskussion stattgefunden, so dass viele Fragen offen seien (Beispiele: Was ist mit dem Lindenhof? Was ist mit der Organisation des Alterszentrums Haslibrunnen im Rahmen der Stadtverwaltung? Wo sind die Rechtsgrundlagen? Wie soll finanziert werden?).

Obwohl sie persönlich das Thema pragmatisch angehe, müsse sie ehrlicherweise sagen, dass diese Fragen gestellt und diskutiert werden müssen. Sie denke aber, dass zuerst das Bein hingehalten werden muss, bevor man merken könne, ob ein Misstritt gemacht worden sei oder nicht.

Die Gebäude seien zentral und konzentriert an einem Ort gelegen. Darin untergebracht sei auch die Gruppenpraxis SRO. Sie denke, dass sich damit wirklich eine einmalige Gelegenheit biete. Nun gelte es sich zu entscheiden, ob es so gemacht werden soll, oder eben nicht. Für sie stehen die alten Leute im Vordergrund, die ihrer Ansicht nach nicht über die ganze Stadt verstreut werden sollten. Hier und jetzt sei der Moment gegeben zu sagen: "lasst uns die «Sache posten» und nachher weiterschauen!" Klar sei jedoch, dass die Diskussion noch geführt werden müsse, da die Verträge in der Tat noch einmal angeschaut werden könnten. Auch die Verwaltung der Gebäude sei noch thematisierbar und diskutierbar. Für sie sei auch klar, dass eine Verlängerung der Verträge nicht tel quel gegeben sei, sondern dass diese nicht jetzt aber später noch à fonds diskutiert werden müssen. Sie stimme der Vorlage aus schierem Pragmatismus zu.

Fritz Fiechter: Jetzt habe der Gemeinderat etwas gemacht und genau jetzt werde von gewissen Kreisen auch das wieder kritisiert. Er persönlich finde den gemeinderätlichen Vorschlag gut. Er finde es gut, die Dienstleistungen zu zentrieren. Er finde es auch gut, dass alle vorberatenden Behörden - ausgenommen die Finanzkommission - das Projekt sogar einstimmig unterstützen.

Wie Stadträtin Beatrice Lüthi gesagt habe, könne die Vorlage zu einem Misstritt führen. Er denke, dass dies aber nicht passieren werde, weil ja auch die Möglichkeit bestehe, gerade aus zu laufen, was seiner Meinung nach auch getan werde.

Der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum sei vorhanden. Die Stadt könne nicht warten, bis jemand anderes entsprechend handle. Es gelte auch einmal zu respektieren, dass auch ein vielleicht gewagtes Projekt Unterstützung verdiene. Über das Rechtliche lasse sich immer streiten lassen. Er denke, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat eine gute rechtliche Prüfung vorgenommen habe. Er empfehle die Vorlage zu unterstützen und zum Erfolg zu führen. Ältere Leuten, die einen Platz suchen, werden entsprechend dankbar sein, eine sehr gute Infrastruktur in nächster Nähe nutzen zu können.

Markus Gfeller: Wenn er den Voten zuhöre, habe er das Gefühl, irgendwelche Plätze für Alterswohnungen zu schaffen. Wenn er die Vorlage lese, dann finde er, dass die ganze Geschichte der CoOpera in den Sinn gekommen sei. Diese habe die Plätze für die Alterswohnungen geschaffen. Ob der Vorlage am heutigen Abend nun zugestimmt werde oder nicht, habe auf das Angebot der Stadt Langenthal - abgesehen vielleicht vom direkten Angebot der Stadt Langenthal - somit keinen Einfluss. Mit einem Nein zur Vorlage würden die in der Stadt angebotenen Altersplätze um keinen einzigen Platz vermindert.

Das dazugehörige Service-Paket, das angeboten werden soll, sei an und für sich unbestritten. Diesbezüglich sei auch er klar der Meinung, dass - selbst wenn die Vermietung nicht über die Stadt Langenthal laufen würde - das Service-Paket genau gleich angeboten werden könne. Es gebe keinen Grund, wieso dieser Service in Anbetracht der Nähe zum Alterszentrum Haslibrunnen nicht ausgenutzt werden sollte. Dementsprechend gebe es auch diesen Punkt betreffend eigentlich keinen Grund, dass die Stadt unbedingt in diesen Mietvertrag hineinspringen soll. Niemand habe einen Platz mehr für das Alter in Langenthal, ob der Vorlage nun zugestimmt werde oder nicht, weil damit kein zusätzliches Angebot geschaffen werde.



Obschon er das Ausfallrisiko persönlich auch nicht als wahnsinnig hoch gewichte, stelle er sich vor, dass es einem Rentner - mit einem angenommenen durchschnittlichen Vermögen von Fr. 300'000.00 - bei dem am Kopf 70° Celsius und an den Füssen 0° Celsius gemessen werde, dieser zwar eine durchschnittliche Körpertemperatur von 36,5° Celsius habe, es ihm deswegen aber trotzdem nicht wohler zu Mute sei.

Zum pragmatischen Vorgehen werde er nichts sagen.

Urs Zurlinden: Die Vorlage nach seinen Ferien mit einer unvoreingenommenen Meinung betrachtend, komme er zu einer für ihn sehr grossen und kernentscheidenden Überlegung: Herr Gemeinderat Reto Müller habe bestätigt, dass der Gemeinderat auch gewillt sei, die Trägerschaft des Alterszentrums Haslibrunnens zu überprüfen und allenfalls eine private Trägerschaft wirken zu lassen, womit sich die Stadt zurückziehen würde. Er sowie die FDP/jll-Fraktion finde dieses Vorgehen vernünftig. Unvernünftig dagegen sei es, jetzt noch schnell einen Vertrag in die alte Trägerschaft "hineinzudrücken", was sich allenfalls bei der Entscheidung behindernd auf eine neue Trägerschaft auswirken könnte. Ausserdem müsste damit der Vertrag mit der CoOpera verändert, abgeändert oder aufgelöst werden.

Bei einem Nein zur Vorlage würden - wie bereits erwähnt - die Dienstleistungen des Alterszentrums Haslibrunnen, das Synergien bieten könne, sehr wohl erbracht werden können. Was aber nicht der Fall sein würde, wäre die Übung mit diesen Mietzinseinnahmen, mit welcher sich die Stadt als Untervermieterin einbringe. Mit einem Nein würde somit wenig bis nichts ändern, ausser - was aber wahrscheinlich entscheidend sei - dass die CoOpera, die das Alterswohnen initiiert habe, auch dafür besorgt sein müsste, dass auf Stufe Miete und Vermietung alles funktioniere. Einzig der Punkt, dass die CoOpera vorerst selber schauen müsste, wie sie die Wohnungen vermieten wolle, könnte allenfalls bei einem Nein negativ ins Feld geführt werden.

Im August 2011, werde es ein Jahr her sein, dass im Stadtrat grossmehrheitlich dem Anliegen¹ zugestimmt worden sei, die Trägerschaft zu überprüfen. Er erwarte sehnsüchtig, dass die gedanklichen Arbeiten geleistet werden und dass der Stadtrat eine Vorlage erhalte, mit welcher diese Frage politisch ausdiskutiert werden könne. Da bereits ein Jahr lang darüber habe nachgedacht werden können, sollte dies eigentlich in den nächsten zwei, drei Monaten möglich sein.

Daniel Rüeegg: Einerseits herrsche wohl Einigkeit, dass die geografische Nähe der Wohnungen zum Alterszentrum Haslibrunnen absolut ideal sei und Synergien für alle Parteien beinhalte. Diese Arrondierung wäre zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr zu erreichen. Andererseits müsse man sich bewusst sein, dass mit einem Nein am heutigen Abend die Ausgangslage in Bezug auf die Partnerschaft bzw. die bestehende Situation natürlich in einer weiteren Beratung letztendlich eine andere sein würde, womit die Stadt bzw. das Alterszentrum diesbezüglich geschwächt würde.

Die Auslastung einer aktuellen oder einer zukünftigen Infrastruktur des Alterszentrums Haslibrunnen könne seiner Meinung nach noch verbessert werden.

Allen sei bekannt, dass der Vertrag bis am 30. Juni 2017 befristet sei. Das heisse, dass sich - falls sich bis dahin irgend etwas an der Entwicklung verändern würde - ein Ausstieg realisieren liesse, was im Gegensatz dazu mit Besitz nicht möglich wäre.

¹ Postulat Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften (Immobilien und/oder Betrieb); erheblich erklärt am 23. August 2010



Gemeinderat Reto Müller: Kritische Fragen zu stellen, sei immer erlaubt. Er nehme sehr gerne Stellung dazu und versuche dies in der Reihenfolge der eingebrachten Voten zu tun. Ohne auf all die positiven Voten einzugehen, würdige er diese und danke dafür.

Die sinngemässe Frage, ob der Markt spiele oder nicht, lasse sich nicht so einfach beantworten, da der Markt sehr klein und dadurch sehr übersichtlich sei. Er bestehe aus der Stiftung Lindenhof, aus der Stiftung für Alterswohnungen (eine städtische Stiftung, deren Stiftungsrats-Vizepräsident er sei) und aus dem Alterszentrum Haslibrunnen. Er persönlich habe auch mit der Implemia Development telefoniert, die noch nicht wisse, wie es in der Rankmatte weitergehe, weil sie über keinen Investor verfüge. Ob die 44 Wohnungen dort gebaut werden können oder nicht, sei noch nicht bekannt.

Die Frage, ob das Ganze mit einem neuen Player oder mit anderen Playern durchgezogen werden soll - wovon mindestens einer der Player mit dem Alterszentrum Haslibrunnen sowieso die Stadt sei - habe sich der Gemeinderat gar nicht gestellt. Für den Gemeinderat sei klar gewesen, dass, wenn an diesem Standort etwas gemacht werden soll, dies mit dem Alterszentrum Haslibrunnen auch aufgrund dessen Nähe zusammen geschehen soll.

Das Alterszentrum Haslibrunnen sei nach wie vor keine Immobilienverwalterin. Das Geld komme herein, das Geld werde weiter überwiesen und die Liegenschaftsabrechnungen und die Nebenkostenabrechnungen werden von der CoOpera gemacht. Gemäss abzuschliessendem Hausverwaltungsvertrag sei das Alterszentrum Haslibrunnen verpflichtet, die Wohnungen interessierten Leuten zu zeigen, so dass dafür nicht extra jemand von Bern oder von sonst einer Verwaltung nach Langenthal fahren müsse.

Das Alterszentrum könne entscheiden, wer in diese Wohnungen einziehe. Das sei so gewollt, da man wissen wolle, wer auf Grund der Bedürftigkeit hineinkomme und wer allenfalls früher oder später in das Alterszentrum Haslibrunnen umziehen werde. Die Stadt sei somit eher und besser als Anbieterin der Seniorenwohnungen und nicht eigentlich als Verwalterin zu bezeichnen. Auf die rechtlichen Fragen von Herrn Stadtrat Beat Sterchi gehe er später ein.

Die Stadt brauche für die Untervermietung der Wohnungen kein Reglement, ob die Untervermietung nach operativen oder nicht operativen Kriterien geschehe oder nicht. Damit komme er auf die Frage von Stadtrat Beat Sterchi zurück, welcher wissen wolle, welche Kriterien gelten sollen. Bis jetzt sei es immer nach der Bedürftigkeit gegangen, was bis anhin kein sozialpolitisches Thema gewesen sei. Ansonsten hätte er jedes Mal wenn jemand im Alterszentrum Haslibrunnen verstorben wäre, fragen müssen, welcher von den aktuell 31 Bewerbenden, die innert 2 Wochen einziehen könnten, denn aufgenommen werden soll. Es gebe kein Reglement, auch keines für den Eintritt ins Alterszentrum Haslibrunnen. Dort sei aber vielleicht noch etwas vorhanden, was vom Rat vielleicht manchmal etwas in Zweifel gezogen werde: namentlich "Vertrauen". Dass die Heimleitung wirklich die Bedürftigsten auswähle, werde auch von denen, die sich für einen Eintritt interessieren nicht bezweifelt. Als Politiker könnte man sich dies wahrscheinlich nicht erlauben.

Auch das gesamte Risiko von Fr. 464'800.00 sei angesprochen worden. Die Stadt habe ein Leerstandsrisiko von Fr. 30'000.00 pro Jahr vereinbart. Aufgerechnet auf fünf Jahre (Vertrag) betrage das Gesamtrisiko somit Fr. 150'000.00.

Weiter sei angesprochen worden, nicht professionell vorzugehen und keine Erfahrung mit der Vermietung von Wohnungen zu haben. Diese Aussage werde seinerseits nicht weiter kommentiert. Es tue jedoch manchmal weh, wie über die eigene Verwaltung gesprochen werde.

Die SVP habe das Vermietungsrisiko der Stadt generell angesprochen. Die Stadt trage pro Jahr das Risiko von 1,8 Wohnungen; mehr würde über dem Durchschnitt von Fr. 30'000.00 liegen. Für die restlichen 24,2 Wohnungen trage die CoOpera das Risiko. Das Risiko der Stadt sei beschränkt auf die 1,8 Wohnungen bzw. die Fr. 30'000.00.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Was die professionelle Liegenschaftsverwaltung betreffe, so soll er scheinbar in der SVP-Fraktionssitzung gesagt haben, dass man diese habe übernehmen müssen. Diesbezüglich könne er jedoch ganz klar sagen, missverständlich verstanden und zitiert worden zu sein. Ein Vertrag sei immer Verhandlungssache. Der heute vorliegende Vertrag werde vom Gemeinderat als gut befunden. Aus verschiedenen Gründen - unter Anderem weil der Gemeinderat nicht wolle, da er ihn eben für gut und stimmig befinde - soll er nicht weiterverhandelt werden.

In der allgemeinen Umfrage seien die rechtlichen Gründe aus juristischer Sicht angesprochen worden. Vielleicht sei es ein erfreulicher Zufall oder auch nicht, dass er die Frage beantworten könne, da es vielleicht wieder einmal eine "Knebelfrage" sein könnte. Das vorgeschlagene Vorgehen sei jedoch richtig. Auf Kantons- oder auf Bundesebene sei ganz klar geregelt, was "Wohnen mit Dienstleistungen" bedeute und, dass dies ein Reglement haben müsse, um in den Finanz- und Lastenausgleich hineinzukommen. Die Stadt Langenthal biete aber betreutes Wohnen in Alterswohnungen an und biete Dienstleistungen an, ohne dass dies in den Finanz- und Lastenausgleich kommen soll. Herr Marcel Lanz habe ihn immer davor gewarnt, zuviel vom "Wohnen mit Dienstleistungen" zu reden, weil damit eben die Gefahr der Verwechslung bestehe. Es gehe bei der Vorlage nicht um "Wohnen mit Dienstleistungen", obwohl natürlich Dienstleistungen gegen Bezahlung angeboten werden, die vom einzelnen Bewohner bei Bezug zu bezahlen seien. Aus diesem Grund müsse kein Reglement erlassen werden, das bestimme, wann, wie, welche Leistung garantiert sei, dass sie dem Lastenausgleich zugeführt werden könne. Die Stadt biete betreutes Wohnen in Alterswohnungen an, in denen Dienstleistungen bezogen werden können und die von jedem, der sie beziehe auch bezahlt werden. Daher brauche es keine rechtlichen Verbindlichkeiten, die vorher noch zu klären wären.

Herr Stadtrat Beat Sterchi habe gesagt, dass nicht mit dem Lindenhof gesprochen worden sei, was so richtig sei. Er habe sich um einen Termin bemüht. Der nächst beste Termin der beiderseits gefunden worden sei, sei der 24. Mai 2011. Beim anderen Anbieter sei er wie bereits erwähnt Stiftungsrats-Vizepräsident. Mit der Stiftung für Alterswohnungen seien durchaus Gespräche geführt worden. Die Stiftung für Alterswohnungen stehe den gemeinderätlichen Plänen (inklusive allfälliger Pläne betreffend die Schützenstrasse 4) positiv gegenüber. Es bestehe damit keine Konkurrenz, zumal die Stadt die Stiftung für Alterswohnungen ja finanziere.

Die Stadträte Rudolf Lanz und Urs Zurlinden kritisieren das Fehlen einer Vorlage zur Rechtsform und Trägerschaft. Die Vorlage fehle wirklich und zugegebenermassen, aber sie komme. Er sei sich der kritisierten Abfolge der Thematik, wie auch der Aussage von Herrn Stadtrat Beat Sterchi bewusst, zeitlich zwischen den Weichen zu stehen. In Anbetracht der heute Abend 46 anwesenden Parlamentsmitglieder sehe er sich aber nicht allein zwischen diesen Weichen stehen. Morgen sei Markttag. Er fordere gerne alle auf, mit ihm durch den Markt zu gehen, da dies ein Thema sein werde und die Leute vom Parlament erwarten, dass heute etwas gemacht werde. Seine Mutter beispielsweise habe ihn gefragt, wer denn, wenn nicht die Stadt, die Alterswohnungen in dieser Nähe zum Alterszentrum Haslibrunnen betreiben sollte.

Was das falsche Zitat betreffe, entschuldige er sich bei Stadtrat Rudolf Lanz. Wenn das nicht die Meinung sein sollte, wie er sie im Protokoll gelesen habe, wonach Private (Investoren) gesucht werden sollen, die in den Bau oder den Betrieb investieren und die Stadt dann den Betrieb führen und die Dienstleistung erbringen könne, tue es ihm leid, weil er es effektiv so verstanden habe.

Der Gemeinderat nehme den Stadtrat ernst. Falls die Vorlage zu einem Misstritt führen würde oder falls die Vorlage eine Behinderung auch bezüglich der künftigen Rechtsform darstellen würde, wäre es eine zeitlich beschränkte Behinderung, da der Vertrag für fünf Jahre abgeschlossen werde.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Beat Sterchi: Wenn ein Gemeinderat wissentlich und absichtlich falsch informiere, wie dies Gemeinderat Reto Müller gemacht habe, verlange dies nach einer klaren Intervention. Er komme nicht umhin, die von Gemeinderat Reto Müller gemachten Aussagen zum Reglement als ein zusammenhangloses Geschwafel zu bezeichnen.

Es gehe um eine neue Gemeindeaufgabe. Eine neue Gemeindeaufgabe - ob sie nun die Bedürftigkeit, das Sozialhilfegesetz oder irgend etwas anderes betreffe und die jährlich Fr. 100'000.00 auslöse in der Gemeinde Langenthal - bedürfe eines Reglementes, wozu es eine ganz klare Praxis gebe. Der Gemeinderat könne nicht im Traktandum Nr. 2 für einen Architekturpreis, der alle vier Jahre verteilt werden soll (Fr. 25'000.00) ein Reglement vorlegen, und im gleichen Atemzug sagen, dass für das vorliegende Thema, wozu es alljährlich Fr. 100'000.00 brauche, kein Reglement nötig sei. Das habe weder mit Bedürftigkeit, noch mit Altersheim zu tun. Das Altersheim unterstehe der Sozialhilfegesetzgebung, worin die Voraussetzungen für den Lastenausgleich umschrieben seien. Diese seien bei der Aufnahme von Leuten, die ins Altersheim gehen, zu berücksichtigen.

Herr Gemeinderat Reto Müller habe ganz klar ausgesagt, dass dies nicht unter den Lastenausgleich fallen soll. Aus diesem Grund müsse die Gemeinde aber die Bedingungen, mit denen die Leute aufgenommen werden, ganz klar festlegen.

Der Stadtrat könne heute nicht abschliessend beschliessen - ansonsten mit einer Gemeindebeschwerde gerechnet werden muss - da seit sechs Wochen (seit der Finanzkommissionsitzung) eine saubere Abklärung nicht für nötig erachtet worden sei. Es würden klare Rechtsgrundsätze bestehen, die im bernischen Gemeindegesetz und in der Praxis gelten.

Es sei fraglich, wie es ablaufen soll, wenn sich plötzlich 40 Bewerber auf einen Platz melden würden. Da ja Sozialpolitik betrieben werden soll, müssten gewisse Kriterien vorliegen, die aber nicht vorliegend seien. Ein abgewiesener Bewerber müsse sich ja wehren können. Wo er das aber machen könne sei fraglich, wenn nirgends etwas geregelt sei. Aus diesem Grund müsse alles in einem Reglement festgelegt sein. Über diese Frage gelte es separat abzustimmen, weshalb **er beantrage, das Geschäft mit dem Auftrag zurückzuweisen, über das "Wohnen im Alter in Langenthal" ein Reglement zu erlassen, welches im Juni oder August wieder vorgelegt werde.**

Gemeinderat Reto Müller: Dass es einerseits heisse, kein weiteres Reglement für irgendwelche Sachen zu erlassen und nun andererseits hier die klare Forderung nach mehr reglementarischen Grundlagen gestellt werde, sei befremdend. Der Stadtrat könne das Geschäft abschliessen, was er aber heute Abend tun soll, wenn dem so sein sollte. Schlussendlich komme es auf das Selbe heraus, ob aus ordnungspolitischer Sicht ein Reglement gefordert und damit das Geschäft zurückgewiesen werde oder, ob dies aus anderen Gründen geschehe. Es gelte sich dabei die Frage zu stellen, ob die Alterswohnungen an diesem Standort gewollt seien oder nicht.

Bis anhin habe es geheissen, dass dazu kein zusätzliches Reglement gebraucht werde. Persönlich sei er nach wie vor davon überzeugt, dass diese Aussage stimme und es kein Reglement brauche, welches bestimme, wer schlussendlich in diesen Wohnungen lebe und unter welchen Punkten diese Zusammensetzung erfolge. Im Übrigen sei sich das Alterszentrum Haslibrunnen des Problems bewusst, mehr Bewerber als Plätze zu haben. In den letzten zwei Wochen seien die Bewerber der Dringlichkeitsliste noch einmal angefragt worden. 31 Bewerbende würden innerhalb von zwei Wochen einziehen. Keiner von denen frage, welches Recht er denn habe und auf welches Reglement sich dieser Entscheid stütze. Es gelte sich ganz einfach jetzt für ein Ja oder ein Nein zu entscheiden.

Stadtratspräsident Roland Christen bittet um Abgabe der Stimme zum **Rückweisungsantrag** von Stadtrat Beat Sterchi, das Geschäft mit dem Auftrag zurückzuweisen, über das "Wohnen im Alter in Langenthal" ein Reglement zu erlassen:

- **Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi mit 25 Stimmen Nein gegen 7 Stimmen Ja (bei 4 Enthaltungen) ab.**



III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

1. Der Stadtrat stimmt der Vermietung der Seniorenwohnungen St. Urbanstrasse 40 und 42 gemäss Miet- und Hausverwaltungsvertrag zwischen der CoOpera Sammelstiftung und der Stadt Langenthal im Sinne der Ausführungen des gemeinderätlichen Berichts vom 6. April 2011 zu.

2. Zur Finanzierung der Vermietung der Seniorenwohnungen werden jährlich wiederkehrende Ausgaben zu lasten der Laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:

■ zulasten der Sammelbudgetierung Personal	Fr.	50'000.00
■ zulasten der Sammelbudgetierung Sachaufwand (inkl. Inkassoausfälle)	Fr.	50'000.00
■ zulasten Konto Nr. 541.318.55, Honorare Dritter	Fr.	7'000.00

Die zu erwartenden Erträge von Fr. 97'000.00 werden auf Konto Nr. 541.439.00, verschiedene Erträge, vereinnahmt.

3. Zulasten der Laufenden Rechnung 2011 wird ein Nachkredit von Fr. 49'500.00 bewilligt:

■ zulasten der Sammelbudgetierung Personal	Fr.	21'000.00
■ zulasten der Sammelbudgetierung Sachaufwand (inkl. Inkassoausfälle)	Fr.	22'500.00
■ zulasten Konto Nr. 541.318.55, Honorare Dritter	Fr.	6'000.00

Die zu erwartenden Erträge von Fr. 47'000.00 werden auf Konto Nr. 541.439.00, verschiedene Erträge, vereinnahmt.

Ab dem Jahr 2012 sind die gemäss Beschlusspunkt 2 notwendigen Beträge im Voranschlag einzustellen.

4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Reglement über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal; Erlass

- **Postulat Bösiger Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2007 betreffend Prüfung des regelmässigen Verleihs des städtischen Architekturpreises (erheblich erklärt am 21. Januar 2008); Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Roland Christen legt den Ablauf der Detailberatung fest:

- Detailberatung:
- A Berichterstattung des Stadtpräsidenten Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen
 - B Vorberatende Behörden/Voten der Fraktionssprechenden/Allgemeine Diskussion/Antragstellung
 - C Artikelweise Beratung des Reglementsentwurfs/Abstimmung über allfällige Änderungsanträge

A Berichterstattung des Stadtpräsidenten Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Idee, einen Preis für Bauten auszurichten, sei nicht neu. Die Auszeichnung und Förderung qualitativ hochstehender Bauten, städtebaulicher Lösungen und besonders gut gestalteter Räume sei vielleicht in der Interpretation heute etwas weiter gefasst, als dies früher mit der Bewilligung und Einführung des Architekturpreises in Langenthal die Meinung gewesen sei.

Am 19. November 2007 habe Herr Stadtrat Markus Bösiger (FDP) das Postulat mit dem Ansinnen eingereicht, die Vergabe des Architekturpreises - wie er früher vergeben worden sei - künftig wieder ins Auge zu fassen. Seit 1988 sei im "*Reglement über die Erhaltung und Erneuerung schutzwürdiger Bauten und Ortsbilder*", welches auch Bezug auf einen parlamentarischen Vorstoss nehme, der Passus enthalten, wonach ein Architekturpreis verliehen werden könne. Der Gemeinderat hätte diesen Preis mit einer Preissumme von maximal Fr. 15'000.00 jährlich verleihen können. Ein Fachausschuss habe Vorschläge erarbeitet und diese dem Gemeinderat, als die den Preis verleihende Behörde, unterbreitet. Der Architekturpreis sei sieben mal vergeben worden. Die letzte Vergabe habe im Jahre 1998 stattgefunden. Im Zuge von Sparübungen der Stadt Langenthal sei der Preis dann aus dem Budget gestrichen und seither nicht mehr verliehen worden, was den Postulanten zur Einreichung seines Vorstosses veranlasst habe.

Der vorliegende Vorschlag gehe etwas weiter, indem die erweiterte Möglichkeit geschaffen würde, auch architektonische Bauten ansprechen sowie auch städtebauliche oder raumgestalterische Lösungen einbeziehen zu können. Landläufig sei man bis anhin davon ausgegangen, dass ein Architekturpreis nur Hochbauten betreffe. Aus diesem Grund werde nicht mehr von einem Architekturpreis, sondern von einer Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal gesprochen.

Eine weitere Neuerung bestehe darin, keine Preisgelder mehr zu verleihen. Es gehe darum, qualitativ hochstehende Baulösungen anerkennen zu können, diese zu dokumentieren und in diesem Sinne gute Architektur und gute Baulösungen zu fördern. Er denke, dass es von keiner grossen Bedeutung wäre, einem solchen Objekt noch ein paar Franken nachzureichen.

Mittels einer weiteren Neuerung würde die Verteilung des Preises etwas anders organisiert. Mit einer entsprechenden Dokumentation soll eine fachliche Abstützung und Verbreiterung erreicht werden. Aus diesem Grund solle bzw. könnte der Gemeinderat die Verleihung auch nur alle vier Jahre ins Auge fassen. Auch sei im Reglement kein Betrag mehr vorgesehen. Der Betrag wäre ins jeweilige Budget einzustellen. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass eine Jurierung mit der entsprechenden Publikation rund Fr. 25'000.00 (Jurierung rund Fr. 10'000.00; Publikation rund Fr. 15'000.00) kosten würde.



Die Objektvorschläge würden durch einen spezifisch zusammengesetzten Prüfungsausschuss vorgenommen. Der Prüfungsausschuss würde aus dem Stadtbaumeister, aus seiner Wenigkeit in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident und aus drei externen Preisrichtinnern und Preisrichtern bestehen. Damit könnte eine Unabhängigkeit gewährleistet werden. Auch liesse sich damit situativ auf in Frage kommende Projekte reagieren. Zudem liesse sich damit der Fachbezug dokumentieren.

Die Vorlage spreche zwei Reglemente an. Namentlich das neu vorgeschlagene Reglement (*Reglement über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal*), welches gleichzeitig das alte Reglement (*Reglement über die Erhaltung und Erneuerung schutzwürdiger Bauten und Ortsbilder*) aus dem Jahre 1988 in den entsprechenden Artikeln (Art. 10 bis 15) ausser Kraft setzen würde, da keine Parallellösung möglich und vorgesehen sei. Dementsprechend wäre das Postulat von Stadtrat Markus Bösiger abzuschreiben, weil der damit verbundene Auftrag erfüllt wäre.

Wenn der Stadtrat dem neuen Reglement und der Reglementsänderung heute Abend zustimme, sei die Inkraftsetzung auf den 1. August 2011 vorgesehen.

Es gehe um etwas für Langenthal Wichtiges. Der Gemeinderat wolle das Thema aufgreifen, um gute, qualitative städtebauliche Lösungen, Einzelbauten aber auch Gestaltungen von Plätzen wieder honorieren und entsprechend für die Zukunft dokumentieren zu können.

B Vorberatende Behörden/Voten der Fraktionssprechenden/Allgemeine Diskussion/Antragstellung

Pierre Masson, GPK-Vizepräsident: Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage und würdige und verdanke den geleisteten Arbeitsaufwand aller an diesem Geschäft involvierten Kreise.

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nehme die Neuerungen sowie Ergänzungen in den Reglementen mit Freude zur Kenntnis. Insbesondere erfreulich werde erachtet, dass

- neu der Gemeinderat das Gremium sein werde, welches abschliessend über die Vergabe entscheide
- der vier-Jahres-Modus eingeführt werde
- das Reglement einen neuen Titel erhalten habe
- die drei externen Fachexperten - je nach Projekt - variabel eingesetzt werden können.

Die SVP-Fraktion unterstütze das Reglement einstimmig.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Auch die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Erlass eines neuen Reglementes zur Auszeichnung guter Bauten und auch die daraus folgende Abschreibung des Postulates von Stadtrat Markus Bösiger werde nicht bestritten. Die EVP/glp-Fraktion sei überzeugt, dass mit einer Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal

- ein Beitrag zur längerfristigen Qualitätssicherung der Planung und Gestaltung von Gebäuden und Umgebungen geleistet werden könne,
- das Ortsbild erhalten oder gar verbessert werden könne und
- motivierend auf Bauherrschaften und Architekten eingewirkt werden könne.

Mit dem Baupreis schwinde natürlich auch immer die Hoffnung und das Ziel mit, aktuelle und zukünftige Bautätigkeit positiv beeinflussen zu können.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze auch die Öffnung der Auszeichnung für gute Bauten gegenüber dem früheren Architekturpreis, indem auch Tiefbauten ausgezeichnet werden können. Eine attraktive Unterführung oder ein renaturiertes Gewässer könne genauso viel zu einem attraktiven Ortsbild beitragen wie beispielsweise eine Überbauung oder ein neues Wohnhaus.



Die EVP/glp-Fraktion stelle aber auch fest, dass die Beurteilung von guten Bauten natürlich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe sei. Es sei nicht einfach, eine verdichtete Überbauung mit einem Wohnhaus zu vergleichen. Mit dem Baupreis der Stadt Langenthal soll aber gerade der Umgang mit den unterschiedlichen Rahmenbedingungen und das Zusammenspiel zwischen Bauherr, Architekt und ausführender Firmen zu beurteilen, möglich sein. Gute Architektur soll keine Frage des Geldes oder des Zwecks eines Baus, sondern eine Frage vom Umgang mit den Rahmenbedingungen sein.

Bei einem schweizweiten Vergleich von Architekturpreisen falle auf, dass in Langenthal bei der Preisvergabe kaum ein Einbezug der Öffentlichkeit vorgesehen sei. In der Region Winterthur beispielsweise werde neben dem eigentlichen Architekturpreis noch ein Publikumspreis vergeben. Eine solche Massnahme würde seiner Meinung nach die Verankerung des Preises in der breiten Bevölkerung und in der Öffentlichkeit verstärken. Ein Langenthaler Baupreis sollte nicht nur in Fachkreisen wahrgenommen werden, sondern auch in der Öffentlichkeit, weil Architektur wie beispielsweise auch soziales Engagement, ein öffentliches Gut sei, und auch den Bürgern gefallen sollte. Klar sei auch, dass Architektur zu verstehen anspruchsvoll sei, und somit den Bürger näher gebracht werden müsse.

Die vorgesehene Einsetzung eines Prüfungsausschusses von Experten trage vielleicht nicht unbedingt zu einer höheren Legitimation des Langenthaler Baupreises bei. Deshalb seine Fragen an den Stadtpräsidenten:

- Genügen eigentlich die vorgesehenen fachlichen Massnahmen (Publikationen, Dokumentationen), um den Baupreis auch in der Öffentlichkeit - nicht nur in Fachkreisen - zu verankern?
- Wäre es nicht wünschenswert, die Bevölkerung beim Langenthaler Baupreis verstärkter einzubeziehen, wie beispielsweise mit einem Publikumspreis oder einer anderen Form der Mitwirkung?

Die EVP/glp-Fraktion stehe klar hinter der Auszeichnung für gute Bauten. Persönlich werde er in der artikelweisen Beratung des Reglementes einen Änderungsantrag diesen Punkt betreffend stellen.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stehe grundsätzlich hinter der Organisation des Architekturpreises. Eine Wettbewerbsdokumentation zu erstellen, mit der dank der Mithilfe einer namhaften Fachjury Eingang in einschlägige Zeitschriften und Berichterstattungen gefunden werden könne, fördere das Image der Stadt. Verbunden mit dem Wunsch nach vielen Besuchern, die durch die schönen Strassenzüge flanieren und das Dorf geniessen, werde die Stadt damit ins beste Licht gestellt.

Die SP/GL-Fraktion frage sich aber auch, was mit einem Architekturpreis sonst noch erreicht werden könne. Immerhin seien Fr. 25'000.00 kein Pappenstiel. Es sei fraglich, ob die Bereitschaft architektonisch schöne Werke zu erstellen, damit gefördert werden könne oder, ob mit diesem Preis neue Bausünden verhindert werden können.

In Langenthal werde momentan sehr viel gebaut und viele Projekte würden noch aufliegen. Dass Neues aber nicht immer besser und schöner als Altes sei, sei mittlerweile auch festgestellt worden. Die vielen modischen Bauten aus Glas und Stahl würden sich immer sehr ähneln und würden dem Dorf und der Kernzone langsam aber sicher die eigene Identität wegnehmen. Langenthal habe ein Gesicht, das zu schützen sich lohne. *"Langenthal ist nicht nur schön, sonder in Langenthal riecht es auch gut."* habe der weitgereiste und bekannte Schriftsteller Alex Capus anlässlich der diesjährigen 1. Mai-Feier in Langenthal gesagt. Vielleicht habe Langenthal ja sogar das Potential zu einem Luftkurort zu werden. Spätestens wenn der Mief aus der Innenstadt verschwunden sei, bestehen allenfalls Möglichkeiten, ernsthaft darüber zu reden, was ganz sicher mit einem Architekturpreis belohnt werden könnte.

Die SP/GL-Fraktion stimme dem Geschäft mehrheitlich zu und hoffe, dass der Preis mithilfe, den Sinn und die Augen der Langenthaler Bevölkerung für die schöne Stadt Langenthal zu schärfen, dass möglichst viele wertvolle Baukultur erhalten bleibe und somit einer zerstörenden Spekulation entrissen werden könne.



Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Im vorliegenden Traktandum gehe es um eine Willensbekundung der Stadt Langenthal zu ihren Bauten und zu ihren noch zu bauenden Häusern, zur Umgebung, zur Umwelt und über deren Qualität sowie deren Anspruch an die Bauwerke und die städtebaulichen Strukturen.

Der FDP/jll-Fraktion schein es mehrheitlich wichtig und richtig, dass eine solche Auseinandersetzung regelmässig und nicht nur sporadisch und wenn das Budget es zulasse, stattfinden soll. Die Stadt Langenthal habe den Anspruch, von aussen nicht nur durchschnittlich wahrgenommen zu werden. Er persönlich denke, dass sich die Stadträtinnen und Stadträte bewusst seien, dass Langenthal auch Überdurchschnittliches zu bieten habe. Mit der Auszeichnung für gute Bauten alle vier Jahre werde dieser Anspruch bestätigt und dokumentiert. Die Höhe des Betrages sei aus Sicht der FDP/jll-Fraktion massvoll und für die prämierten Projekte nicht einmal so vorrangig. *"Tue Gutes und sprich davon!"*

Die Fachpresse werde über gute Bauten in Langenthal berichten, was ein Mosaikstein im 1150-jährigen Gemeindewesen mit Entwicklungspotential sei. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Genehmigung des Reglementes mehrheitlich.

C Artikelweise Beratung des Reglementsentwurfs/Abstimmung über allfällige Änderungsanträge

Daniel Steiner: Mit seinem Änderungsantrag zu **Art. 5 und Art. 6** stelle er politisch zur Diskussion, wer die eingegangenen Vorschläge für die Auszeichnung beurteilen soll. Er schlage vor, dass die Bau- und Planungskommission die Beurteilung vornehme und dem Gemeinderat Antrag zur Preisvergabe stellen soll.

Antrag Gemeinderat	Antrag Daniel Steiner
Art. 5 ¹ Der Prüfungsausschuss besteht aus der Ressortvorsteherin bzw. dem Ressortvorsteher Bau als Vorsitzende bzw. als Vorsitzender, der Stadtbaumeisterin bzw. dem Stadtbaumeister sowie drei externen Preisrichterinnen bzw. Preisrichtern. ² Die Preisrichterinnen bzw. Preisrichter werden für jede Ausrichtung gemäss der zu prämierenden Thematik durch den Gemeinderat bestimmt. ³ Die Stadtbaumeisterin bzw. der Stadtbaumeister ist für die operative Durchführung des Wettbewerbs verantwortlich.	Art. 5 ¹ Die Bau- und Planungskommission bewertet die teilnahmeberechtigten Vorschläge und stellt dem Gemeinderat Antrag zur Preisverleihung. <i>(streichen)</i> ² Die Stadtbaumeisterin bzw. der Stadtbaumeister ist für die operative Durchführung des Wettbewerbs verantwortlich.
Art. 6 Über die Preisverleihung entscheidet der Gemeinderat auf Antrag des Prüfungsausschusses. Der Entscheid des Gemeinderates ist endgültig.	Art. 6 Der Gemeinderat entscheidet endgültig über die Preisverleihung.

Begründung:

1. Die Bau- und Planungskommission setze sich im Moment aus zwei Fachexperten, dem Stadtpräsidenten, vier Architekten, einem Bauleiter und einem Maschinentechner zusammen. Das Know-How, um eingegangene Vorschläge beurteilen zu können, sei also in der Bau- und Planungskommission (BPK) bei weitem gegeben. Weshalb also in die Ferne schweifen und unnötig Fr. 10'000.00 für eine Fachjury ausgeben, wenn die nötige Fachkompetenz bereits in der eigenen städtischen Kommission vorhanden sei. Der im Reglement vorgeschlagene Prüfungsausschuss könnte sogar als Misstrauensantrag gegenüber der BPK interpretiert werden und werfe die Frage auf, ob der BPK keine unabhängige und kompetente Beurteilung der Vorschläge zugetraut werde.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

2. Die Auszeichnung für gute Bauten soll ein Signal gegen aussen sein, müsse aber auch von der Öffentlichkeit verstanden werden. Die Auszeichnung sei ein Signal gegen aussen, weil die Stadt Langenthal damit zeige, dass ihr qualitativ hochstehendes Bauen wichtig sei. Die Auszeichnung sollte aber auch von der Bevölkerung verstanden und getragen werden. Er sei der Meinung, dass die BPK das demokratisch abgestützte und legitimierte Fachorgan sei, um eingegangene Vorschläge zu beurteilen. Die BPK-Mitglieder kennen die lokalen Verhältnisse und könnten sicherstellen, dass gute Bauten ausgezeichnet werden, die von der Bevölkerung auch als solche verstanden werden. Eine Beurteilung durch die BPK - und nicht durch eine Fachjury - würde die Legitimation des Preises erhöhen.

Er habe übrigens Beispiele von Reglementen gesehen, in denen sogar Vertreter der Legislative in der fachlichen Beurteilung von Architekturpreisen mitwirken würden.

3. Die Stadt Langenthal verleihe bereits den Sportpreis, den Kulturpreis und den Preis für soziales Engagement. In allen drei Beispielen beurteilen die zugehörigen Kommissionen, nämlich die Sportkommission, die Kulturkommission und die Sozialkommission die Vorschläge und stellen Antrag an den Gemeinderat. Weshalb also, sollte dies beim Preis für gute Bauten anders sein?

Mit einer Fachjury würde der Baupreis eine Stufe höher gestellt, als die drei anderen Preise der Stadt. Damit stelle sich die Frage, ob es wirklich so viel schwieriger sei, einen guten Bau zu beurteilen als beispielsweise das Wirken von Kulturschaffenden im Bereich Literatur. Beim Kulturpreis würde sich genauso und abhängig vom Thema eine Fachjury aufdrängen, wie beim Preis für gute Bauten. Sollte man Angst vor dem lokalem Filz in Langenthal beim Preis für gute Bauten haben, dann müsste diese Angst genauso bei den drei anderen Preisen (Verleihung Sportpreis, Kulturpreis, Sozialpreis) auch bestehen. Auch im Sinne einer Gleichbehandlung aller vier Preise schlage er deshalb vor, die eingehenden Vorschläge von der BPK beurteilen zu lassen und, dass diese Antrag an den Gemeinderat stelle, welcher dann endgültig darüber entscheide.

Zusammenfassend halte er fest, dass die BPK fachkompetent sei, um eingehende Vorschläge für den Baupreis zu beurteilen. Sie sei das demokratisch und auch fachlich legitimierte Organ der Stadt für bauliche Fragen und sollte – wie bei den anderen drei Preisen der Stadt auch – Antrag an den Gemeinderat stellen. Es brauche keine zusätzlichen, teuren Experten, die diese Beurteilung vornehmen. Experten seien in den eigenen Reihen bereits vorhanden.

Im Stadtrat sei bereits oft und ausgiebig über Beträge im Rahmen von Fr. 10'000.00 diskutiert worden. Es stelle sich die Frage, ob wirklich Fr. 10'000.00 kritiklos für eine Fachjury zum Fenster hinaus geworfen werden soll, für eine Arbeit, die von der BPK genauso gut und kompetent ausgeführt werden kann und, ob der Baupreis mit einem Prüfungsausschuss höher als die drei anderen, ebenfalls wichtigen Preise, gestellt werden soll. Dort werde nämlich mit den bestehenden Ressourcen in den Kommissionen ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zu den Reglementsartikeln 1 - 4 sowie 7 - 10 keine Anträge gestellt worden sind.

Stadtratspräsident Thomas Rufener: Stadtrat Daniel Steiner danke er für dessen Überlegungen. Die Bau- und Planungskommission selber sei aber eben auf einen anderen - den vorliegenden - Antrag gekommen. Es gebe es in der Tat etwas zu differenzieren: Stadtrat Daniel Steiner habe die Zusammensetzung der Bau- und Planungskommission erwähnt. Es bestehe ein kleiner Unterschied darin, ob ein Gremium über Sport oder Kultur zu beraten habe, oder ob ein Gremium über Leistungen zu beraten habe - die sie aufgrund ihres beruflichen Umfeldes vielleicht betreffen könnten. Es stelle sich die Frage nach der Unabhängigkeit, welche diskutiert worden sei. Es gehe auch um die Frage der situativen Zusammensetzung aufgrund von bestimmten Ausgangslagen für die Preisverleihung.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Absolut kein Thema sei es, einen Architekturpreis für gute Bauten in der Beurteilung über andere Preise setzen zu wollen. Ein Stückweit sei es jedoch eine Frage der Erfahrung. Es gelte sich bewusst zu sein, dass von Architektur die Rede sei, womit die Architekten angesprochen seien, die unter Umständen auch Mitglieder der Bau- und Planungskommission sein könnten. Diese Mitglieder müssten vorweg in den Ausstand treten. In dieser Konstellation sei man zur Überzeugung gelangt, diesem Umstand zuvorzukommen und eine möglichst unabhängige Jury einzusetzen.

Auch in anderen Verfahren, wie beispielsweise im Wettbewerbsverfahren, würden Jurys eingesetzt. Auf einem Antrag der EVP basiere übrigens der Wettbewerb im Zusammenhang mit dem ESP-Bahnhof, der in dieselbe Richtung stosse, worin sich auch ein gewisser Widerspruch erkennen lasse. Es gehe auch nicht um das Geld (Fr. 10'000.00 alle vier Jahre; pro Jahr somit Fr. 2'500.00), das das Gremium koste.

Gestützt auf den einstimmigen Antrag der Bau- und Planungskommission - worin einige betroffene Architekten Mitglieder seien - basiere die Argumentation für den vorliegenden Antrag auf dem vorgeschlagenen Fachausschuss. Der Stadtrat sei nun aufgerufen, dem Antrag zu folgen und somit die Überlegungen des Gemeinderates zu würdigen.

Zudem sei die Situation in der Bau- und Planungskommission im Moment so, dass zum Beispiel die Fachexperten extern besetzt seien, was zu Beginn der neuen Legislatur eingeführt worden sei. Er denke, dass die Kommission mit Erfolg arbeite. Für die spezifische Aktivität, bestehend aus dem Auswahl- und Vorbereitungsverfahren, sei die Unabhängigkeit wirklich sehr hoch. In diesem Sinne sei der vorliegende Antrag gestellt worden.

Stadtratspräsident Roland Christen bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadtrat Daniel Steiner (Änderung der Art. 5 und 6 im neu zu erlassenden Reglement über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal):

- **Der Stadtrat lehnt den Antrag (Änderung der Art. 5 und 6 im neu zu erlassenden Reglement über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal) von Stadtrat Daniel Steiner mit 18 Stimmen Nein gegen 13 Ja (bei 5 Enthaltungen) ab.**

III Abstimmung:

- I. **Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**
 1. **Das Reglement (Neuerlass) über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal (Version vom 10. Januar 2011) wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

- II. **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**
 1. **Das Postulat Bösigger Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2007 betreffend Prüfung des regelmässigen Verleihs eines städtischen Architekturpreises wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. **Städtischer Werkhof; Ersatz des 16-jährigen Bucher City King durch einen neuen Kommunalgeräteträger mit Winterdienstausrüstung; Bewilligung eines Investitionskredites**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Beim vorliegenden Geschäft handle es sich um einen Fahrzeuersatz, der im Investitionsplan im Rahmen des beantragten Kredites für das Jahr 2011 (Fr. 180'000.00) vorgesehen sei. Es gehe darum, den Werkhof, der täglich wichtige Arbeiten zu Gunsten der Bevölkerung leiste, auch mit der entsprechenden Ausrüstung zu versehen. Die Ausrüstung müsse die Anforderung erfüllen, für den Strassen- und Gewässerunterhalt, für Anlässe (Feste, Markt), für den Winterdienst oder für die Bereitschaft in schwierigen Lagen (Hochwassersituation) einsetzbar zu sein.

Das bestehende 16-jährige Gerät sei in die Jahre gekommen und weise klare Mängel auf, worauf der Entscheid basiere, das Fahrzeug nicht mehr zu reparieren, sondern zu ersetzen. Die Notwendigkeit sei gegeben, weil das Gerät insbesondere im Winterdienst zum Einsatz komme. Aus diesem Grund sei auch die Winterdienstausrüstung ein Bestandteil des Kreditantrages.

Wie immer sei geprüft worden, ob auf dem Markt Geräte mit alternativen Antrieben angeboten werden. Da das nicht der Fall sei, komme das Diesel-Fahrzeug mit Feinpartikelaustrüstung in Frage.

Falls der Stadtrat dem Kreditantrag von Fr. 175'000.00 heute Abend zustimme, werde - gestützt auf Art. 6 des öffentlichen Beschaffungswesens - ein Submissionsverfahren im Einladungsverfahren durchgeführt.

Der Gemeinderat stelle dem Stadtrat den Antrag, dem Ersatz zuzustimmen und den erforderlichen Kredit von Fr. 175'000.00 zulasten der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Dem Ersatz des 16-jährigen Bucher City King durch einen Kommunalgeräteträger wird zugestimmt.**
- 2. Der erforderliche Kredit von Fr. 175'000.00 wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 305.506.08 bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. Postulat (gewandelte Motion) Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Ausgestaltung des Verwaltungsberichtes als leistungsorientierter Geschäftsbericht (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit dem Postulat werde der Gemeinderat beauftragt, einen Prüfungsbericht zu erstellen. Der Gemeinderat habe diesen Prüfungsauftrag erstellt und komme darin zum Schluss, dass eine generelle Prüfung der Inhalte des Verwaltungsberichtes angezeigt sei. Diese Erkenntnis sei nicht neu, zumal bereits entsprechende und geeignete Führungstools auf operativer Ebene sukzessive eingeführt werden. Es würden sich auch Redundanzen zwischen verschiedenen anderen Informationsträgern - wie beispielsweise dem Internet - ergeben. Zudem bestehe auch das Bewusstsein, dass neben dem Interesse an historischen Daten im Verwaltungsbericht, auch die Zielerreichung der Legislaturziele zum Gegenstand genommen werden müsse.

Heute gehe es darum, vom vorliegenden Prüfungsbericht Kenntnis zu nehmen und das Postulat entsprechend abzuschreiben. Der Gemeinderat werde dann - entsprechend der Berichterstattung - die nötigen weiteren Schritte einleiten.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (gewandelte Motion) Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Ausgestaltung des Verwaltungsberichtes als leistungsorientierter Geschäftsbericht (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Postulat Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2008 betreffend die Prüfung der Erarbeitung einer Richtlinie zur Umsetzung des Minergie-Standards bei allen städtischen Neu- und Umbauten (erheblich erklärt am 20. Oktober 2008); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Der Auftrag des Postulats an den Gemeinderat laute: *"Der Gemeinderat wird gebeten eine Richtlinie zur Umsetzung des Minergiestandards bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten zu prüfen."* Der Gemeinderat habe am 9. März 2011 einen eigenen, auf die Stadt Langenthal zugeschnittenen "Gebäudestandard Langenthal 2011" genehmigt und eingeführt. Das sei auch der Grund, weshalb die Abschreibung des Postulats heute beantragt werde.

In der Stadtratsaktenaufgabe befinde sich eine Synopse, die möglichst einfach aufzeige, was mit den Richtlinien (Gebäudestandard Langenthal 2011) geregelt werden soll. Zudem könnten die bereits bestehenden Gebäudestandards 2008 und 2011 von EnergieSchweiz eins zu eins übernommen werden. Die Synopse zeige, dass der Langenthal eigene Gebäudestandard 2011 in zwei Punkten inhaltlich vom Gebäudestandard 2008 der EnergieSchweiz abweiche:

- Anteil erneuerbarer Energien bei Neubauten und bestehenden Bauten
- Beschaffung der Energie

In einem Punkt gehe er aber auch etwas weiter als der Gebäudestandard 2008, respektive lehne sich an den Gebäudestandard 2011 der EnergieSchweiz an, weil auch damit gewisse minimale Anforderungen erfüllt werden sollen:

- Geringfügige Umbauten

Ihr sei zu Ohren gekommen, dass es von einzelnen Stadtratsmitgliedern nicht goutiert werde, dass das Geschäft nicht in den Kommissionen gewesen sei. Dazu halte sie fest, dass überhaupt keine böse Absicht darin bestanden habe, das Geschäft nicht in die Kommissionen zu bringen, weil es sich schlichtweg um ein unter Zeitdruck entstandenes Versehen gehandelt habe. Das Geschäft habe so rasch wie möglich dem Gemeinderat unterbreitet werden wollen, welcher auch zweimal darüber diskutiert habe. Persönlich finde sie es natürlich besonders störend, diesen Mangel nicht festgestellt zu haben. Ihre Kommission bzw. die Mitglieder der Umwelt- und Energiekommission würden das sicherlich bestätigen können, dass es ihr ein sehr grosses Anliegen sei, die jeweiligen Geschäfte in der Kommission zu beraten. Ansonsten werde die Umweltschutz- und Energiekommission am nächsten Mittwoch tagen, womit sich die Gelegenheit bieten würde, sie persönlich nochmals dafür zu rüffeln. Auf jeden Fall liege deswegen kein formeller Fehler vor, obwohl selbstverständlich im Nachhinein allen klar sei, dass dies hätte geschehen sollen.

Der Gebäudestandard Langenthal 2011 (Richtlinie) stelle einen Kompromiss dar, mit dem auch auf die Stadtfinanzen Rücksicht genommen werde. Ebenso werde damit Rücksicht auf die noch nicht so weit fortgeschrittene Energierichtplanung genommen, da man nicht noch weitee, als die heute vorliegenden Richtlinien gehen möchte.

Besonders betonen möchte sie, dass es sich beim Geschäft nicht um einen bürgerlichen Kompromiss im Gemeinderat gehandelt habe, sondern, dass der Entscheid dafür einstimmig ausgefallen sei. Der Gemeinderat sei einfach der Meinung, aufgrund der Stadtfinanzen so fahren zu wollen. Weiter wichtig und erwähnenswert sei auch, dass es sich beim Geschäft um eine Richtlinie und nicht um ein Gesetz handle. Der Stadt wäre es im Einzelfall erlaubt, weiter zu gehen, als die Richtlinie vorgebe. Natürlich könne auch weniger weit gegangen werden, was aber gemäss den Richtlinien im Gemeinderat jeweils begründet werden müsste. Die Richtlinie werde übrigens im Stadtbauamt und in der Verwaltung bereits angewendet.



Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion habe die Abschreibung des Postulats zur Kenntnis genommen. Der neu entwickelte Gebäudestandard Langenthal 2011 werde aber als ungenügend erachtet. Dass ein bereits in die Jahre gekommener und breit abgestützter (von mehr als 60% aller Städte befolgter) Gebäudestandard 2008 abgeschwächt werde, stosse bei der SP/GL-Fraktion auf wenig bis kein Verständnis. Den Anteil erneuerbarer Energien auf das gesetzliche Minimum von 20% mit dem Hinweis zu senken, dass die Erzeugung von erneuerbarer Energie die stadteigenen Industriellen Betriebe (IBL) konkurrenzieren, schlage dem Fass gänzlich den Boden aus. Der Gemeinderat rücke damit die IBL vorsätzlich in ein schlechtes Licht und erweise diesen einen riesen Bärendienst, zumal die IBL bestimmt daran interessiert und darauf angewiesen seien, möglichst viel Energie aus erneuerbaren Quellen (beispielsweise Elektrizität aus Photovoltaikanlagen) zu beziehen und wieder zu verkaufen. Mittlerweile übersteige die Ökostromnachfrage das bereit gestellte Angebot längstens und sei auch für die Stromverkäufer zu einem guten Geschäft geworden.

Die SP/GL-Fraktion verlange die Einführung des Gebäudestandards von Energiestadt 2011 und werde am heutigen Abend diesbezüglich eine entsprechende Motion einreichen.

Die SP/GL-Fraktion werde der Abschreibung des Postulates nicht zustimmen bzw. sich der Stimme enthalten.

Manuel Ischi: Die Abschreibung des Postulats werde von ihm nicht in Frage gestellt, da das Anliegen geprüft und umgesetzt worden sei. Wogegen ihm die Umsetzung gar nicht gefalle. Langenthal sei "Energiestadt" und somit als Stadt und Gemeinde mit einer besonders fortschrittlichen Energiepolitik ausgezeichnet worden. Um dieser Auszeichnung Rechnung zu tragen, seien extra (auf Grundlagen der SIA-Empfehlungen) Leitlinien entwickelt worden, die einen einheitlichen Gebäudestandard für alle Energiestädte festlegen. Diese Standards seien nicht einfach ein Luftschloss oder nur eine Wunschvorstellung gewisser Ökofundamentalisten, da sich die Standards auf Labels und auf andere Standards stützen, die im Bauwesen schon heute akzeptiert und weit verbreitet seien.

Er sehe nicht ein, warum die Stadt Langenthal den Gebäudestandard 2011 nicht eins zu eins übernehmen soll, der wohlverstanden schon von einigen Energiestädten ins Energieleitbild aufgenommen worden sei. Zudem zähle der Gebäudestandard 2011 auch zu einem von sechs Beurteilungskriterien, die darüber entscheiden, ob eine Stadt Energiestadt sei oder nicht.

Der Gemeinderat Langenthal weiche bewusst negativ von diesem Standard ab. So werde beispielsweise in Punkt 1 des Standards 2011 aus MINERGIE ECO plötzlich nur noch MINERGIE. Bei Punkt 2 werde aus der Formulierung: *der Standard ist anzustreben* nur noch *der Standard ist zu prüfen*. Was am meisten störe und in ihm völliges Unverständnis hervorrufe, sei, dass unter Punkt 4 der Anteil von erneuerbaren Energien am Gesamtwärmebedarf von 40% auf das gesetzlich Minimum von 20% herunter gesetzt werde. Dieses Vorgehen sei weder energieeffizient noch ökologisch zukunftsorientiert. Mehr zu isolieren, nur um mehr Erdgas verbrauchen zu können, könne nicht im Sinne des Erfinders sein und lasse darauf schliessen, dass die Stadt Langenthal das Label Energiestadt nicht wirklich ernst nehme.

Die Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) sollten oder könnten sich mittelfristig vor allem hin zu erneuerbaren Energien orientieren. Er hoffe, dass sich der Gemeinderat das Ganze nochmals überlege, zumal wie bereits angekündigt, ein entsprechender Vorstoss heute eingereicht werde, womit die ganze Geschichte dann den Weg über die vorberatenden Behörden und damit über die Umweltschutz- und Energiekommission und vielleicht auch über die Bau- und Planungskommission, nehmen werde. Bei solch ökologisch, nachhaltigen Entscheiden sei eine politische Abstützung wichtig und sehr entscheidend. Er hoffe, dass der Stadtrat dem heute angekündigten Vorstoss zu gegebener Zeit stattgeben werde, so dass im Stadtrat nochmals über die Geschichte diskutiert werden könne.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Gemeinderätin Christine Bobst: Gemäss Stadtrat Samuel Köhli würden über 60% der Städte den Gebäudestandard 2008 befolgen. Ob damit die Energiestädte oder alle Städte der Schweiz gemeint seien, entziehe sich ihrer Kenntnis. Als der Gemeinderat das Geschäft im März beraten habe, hätten aktuell 45 Gemeinden in der ganzen Schweiz den Gebäudestandard 2008 ratifiziert gehabt. Von diesen 45 Gemeinden seien 33 Energiestädte und 12 Gemeinden seien ohne Label. In der ganzen Schweiz gebe es rund 200 Städte, die mit einem Energielabel ausgezeichnet seien. Im März sei dem Gemeinderat von EnergieSchweiz mitgeteilt worden, dass der Gebäudestandard 2011 noch von keiner Gemeinde ratifiziert worden sei - was natürlich nicht heisse, nicht die erste Gemeinde sein zu dürfen. Mit dieser Information weise sie lediglich darauf hin, dass alle Informationen, die der Stadtrat erhalten habe, ihre Richtigkeit haben.

Die Richtlinien können jederzeit angepasst werden. Der Gemeinderat habe sich mit der Ratifizierung der stadt eigenen Richtlinien nicht gegen erneuerbare Energien aussprechen wollen, sondern reagiere damit auf den Umbruch, der wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit der Energierichtplanung stattfindet.

Stadtrat Manuel Ischi habe die Beurteilungskriterien angesprochen. Es treffe zu, dass Punkte vergeben werden, wenn die Gebäude standard-ratifiziert werden. Die Stadt Langenthal werde voraussichtlich auch für ihre Ratifizierung Punkte erhalten, jedoch voraussichtlich weniger Punkte, als dies mit einer eins zu eins Ratifizierung möglich wäre. Das heisse aber nicht, dass damit die wichtigste Voraussetzung nicht erfüllt werde. Das letzte Woche durchgeführte Reaudit zeige, dass sich die Stadt Langenthal auf einem guten Weg befinde und das Label voraussichtlich wieder erhalten werde.

Der Hinweis von Stadtrat Manuel Ischi betreffend Punkt 1 des Gebäudeprogramms (MINERGEIE ECO/MINERGIE), sei aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar, da dieser Punkt eins zu eins übernommen und aktualisiert worden sei.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 12 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2008 betreffend die Prüfung der Erarbeitung einer Richtlinie zur Umsetzung des Minergie-Standards bei allen städtischen Neu- und Umbauten (erheblich erklärt am 20. Oktober 2008) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Postulat der SP/GL-, SVP-, FDP/jll- und EVP-Fraktion (Sprecher: Stadtrat Masshardt Urs) vom 20. Oktober 2008 betreffend die Prüfung einer neuen, unterirdischen Wertstoff-Sammelstelle an der Oberfeldstrasse (erheblich erklärt am 23. März 2009); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Im Jahr 2006 habe der Stadtrat den Grundsatzbeschluss gefällt, dass in Zukunft alle Sammelstellen unterirdisch gebaut werden sollen. Ein entsprechender Rahmenkredit sei ebenfalls gesprochen worden.

Vor zwei Jahren hätte die oberirdische Sammelstelle an der Thunstettenstrasse durch eine unterirdische Anlage ersetzt werden sollen. Alle möglichen Umsetzungsvarianten auf stadteigenem Raum seien geprüft worden. Der Bereich vor dem Kindergarten habe sich leider als einzig möglicher Standort herausgestellt, an dem eine Realisation, ohne Land erwerben zu müssen und ohne unterirdische Leitungen verlegen zu müssen, möglich gewesen wäre.

Im Stadtrat habe es aber vermehrt Stimmen gegen dieses Projekt gegeben, was die Einreichung eines von sämtlichen Fraktionen unterzeichneten Postulats zur Folge gehabt habe. Der Gemeinderat habe den Auftrag, den Standort vor dem Kindergarten an der Thunstettestrasse noch einmal zu überdenken, selbstverständlich entgegengenommen und sich an die Arbeit gemacht. Nach einer aufwändigen Suche nach geeigneten Parzellen und Räumen, sei es zu Verhandlungen mit der KADI gekommen. Die heute vorliegende Lösung bestehe darin, von der KADI 70m² Land zu kaufen, um die bereits oberirdisch bestehende Sammelstelle am selben Standort mit einer unterirdischen Anlage zu ersetzen. Der Landerwerb habe Kosten von rund Fr. 10'500.00 zur Folge, was mit dem eingangs erwähnten Rahmenkredit aber kompensiert werden könne, weil die Sammelstelle beim COOP-Tell billiger ausgefallen sei, als budgetiert.

Der Gemeinderat sei erfreut, dem Stadtrat mitteilen zu können, dass die zuständigen Organe der KADI dem Landerwerb mittlerweile definitiv zugestimmt haben. Der Gemeinderat habe am letzten Mittwoch Kenntnis davon genommen und das Baubewilligungsverfahren eingeleitet. Sobald die Baubewilligung rechtskräftig sei, werde auch der Landerwerb vorgenommen und ein entsprechender Objektkredit zur Genehmigung beantragt.

Der Gemeinderat erachte das vorliegende Postulat als geprüft und sogar als umgesetzt und beantrage die Abschreibung.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei Enthaltungen):

1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat der SP/GL-, SVP-, FDP/jll- und EVP-Fraktion (Sprecher: Stadtrat Masshardt Urs) vom 20. Oktober 2008 betreffend die Prüfung einer neuen, unterirdischen Wertstoff-Sammelstelle an der Oberfeldstrasse (erheblich erklärt am 23. März 2009) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.

2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Postulat Stäger Christoph (glp) vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausrüstung der gedeckten Bushaltestellen mit Sitzbänken (erheblich erklärt am 29. Juni 2009); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Zum am 29. Juni 2009 erheblich erklärten vorliegenden Postulat sei ein Prüfbericht erstellt worden. Daraus sei ersichtlich, dass das Thema grundsätzlich aufgenommen werde und dass die Absicht bestehe, das Thema in den Handlungsbedarf - den die Stadt so oder so im Zusammenhang mit der Umsetzung des Angebotsbeschlusses habe - zu integrieren.

Der Gemeinderat beantrage das Postulat aus der Geschäftskontrolle des Stadtrates abzuschreiben.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Das Postulat habe zum Ziel die Bushaltestellen bedürfnisgerecht und modern einzurichten. Mit dem vorliegenden Vorschlag entspreche der Gemeinderat dem postulierten Anliegen, wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung, die durch die Neuregelung des Busnetzes bedingt sei.

Mit Vertrauen und in der Hoffnung, dass mit der Konsolidierung der Buslinienführung neue und attraktive Bushaltestellen realisiert werden können, stimme er dem Antrag des Gemeinderates zu, was auch im Sinne der EVP/glp-Fraktion geschehe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Stäger Christoph (glp) vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausrüstung der gedeckten Bushaltestellen mit Sitzbänken** (erheblich erklärt am 29. Juni 2009) **wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv (erheblich erklärt am 18. Mai 2009); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: In der neuen Geschäftsordnung des Stadtrates sei festgehalten, dass der Gemeinderat ab der Erheblicherklärung von parlamentarischen Vorstössen zwei Jahre Zeit habe, dem Stadtrat entsprechende Berichte (im Falle von Postulaten) oder entsprechende Anträge (im Falle von Motionen) zu unterbreiten.

Im vorliegenden Falle gehe es um die Motion von Stadtrat Urs Zurlinden betreffend die Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv. Die Vorlage stehe in Zusammenhang mit dem Mühlereal. Dieses Areal betreffend sei bereits Folgendes unternommen worden:

- Erarbeitung eines Konzepts
- Durchführung eines Mitwirkungs- bzw. Vernehmlassungsverfahrens, insbesondere innerhalb des Stadtrates aber auch unter Einbezug weiterer interessierter Kreise, worin es darum gegangen sei, gewisse Schwergewichte abzulesen, bevor definitive Entscheide gefällt werden.

Der Ausgang des Verfahrens sei bekannt, wonach im Zusammenhang mit der Idee des Motionärs nach wie vor in Erwägung gezogen werde, ein Stadtarchiv allenfalls im bestehenden Mühesilo einzurichten.

Der Gemeinderat habe eine weitere Abklärung in Auftrag gegeben. Namentlich auch die Alternativen noch einmal abzuwägen, weil im Stadtrat diese Frage zu gegebener Zeit sicher gestellt werde. Bei Betrachtung des Kalenders habe dann aber festgestellt werden müssen, dass die für Motionen geltende Zwei-Jahres-Frist am 18. Mai 2011 ablaufe, weshalb heute der Antrag gestellt werde, die Bearbeitungsfrist der Motion bis am 18. Mai 2013 zu verlängern.

Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion: Dass es nicht mehr reiche, ein Stadtarchiv für die 1150-Jahr-Feier einzurichten, sei etwas schade, und doch bestehe die Hoffnung, dass es mit der Einrichtung für die 1200-Jahr-Feier klappen werde.

Obwohl die FDP/jll-Fraktion an und für sich kein Problem mit der Verlängerung der Bearbeitungsfrist habe, erlaube sie sich dazu aber trotzdem eine Bemerkung anzubringen: In der Tat werde ein Zusammenhang mit dem Mühlerareal hergestellt - was aber in Bezug auf den Standort nicht zwingend sei. In der Motion gehe es um ein Stadtarchiv. Das Mühleareal sei nur eine Standortmöglichkeit. Von daher gesehen, sei noch keine Zustimmung für den Standort Mühesilo gegeben. Die FDP/jll-Fraktion begrüsse es daher sehr, dass noch alternative Standorte abgeklärt werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Fristverlängerung um zwei Jahre bis zum 18. Mai 2013 für die Bearbeitung der Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv (erheblich erklärt am 18. Mai 2009) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Postulat Schaller Albert (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011: Aufhebung des Plantondienstes "Stadtrat" durch die Kantonspolizei; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer: Stadtrat Albert Schaller wolle mit seinem Vorstoss erreichen, dass geprüft werde, den Plantondienst, welcher durch die Kantonspolizei geleistet werde, aufzuheben. Er begründe sein Anliegen unter anderem damit, dass vergleichbare Städte keinen solchen Bewachungsdienst kennen und sich die Bedrohungslage seit dem Vorfall in Zug im Jahre 2001 verändert habe. Er möchte weiter, dass die durch den Ressourcenvertrag eingekauften Stunden anderweitig eingesetzt werden und, dass über eine allfällige Bewachung situativ entschieden werde.

Aufgrund verschiedener Vorkommnisse im Umfeld von Ratssitzungen in Langenthal und auch wegen des Amoklaufes im Zuger Kantonsparlament - der übrigens auf keine Art und Weise voraussehbar gewesen sei - sei ab März 2002 namens des Stadtrates ein Sicherheitsdispositiv mit einigen Sicherheitsregeln verfügt worden.

Im Rahmen einer Sitzung des Stadtratsbüros vom 22. März 2011 habe das Büro zu Händen des Gemeinderates Stellung zum Postulat genommen. Am 6. April 2011 habe sich ebenfalls der Gemeinderat mit dem Vorstoss befasst und nach eingehender Beratung beschlossen, dem Stadtrat die Nichterheblicherklärung des Postulats zu beantragen.

Der Plantondienst gelte als vorsorgliche Massnahme. Diese sicherheitsdienstliche Aufgabe sei Teil des Ressourcenvertrages mit dem Kanton. Nun sei es sicher richtig und nötig, präventive Massnahmen von Zeit zu Zeit zu überprüfen, anzupassen oder in Frage zu stellen. Nur komme der Gemeinderat in seiner Beurteilung der Situation zu einem anderen Schluss als der Postulant. Nach Meinung des Gemeinderates dürfe kein schädigendes Ereignis abgewartet werden, das wiederum zu Massnahmen führen müsste. Gefährdungen seien nur sehr bedingt voraussehbar. Aktuelle Situationen bzw. Beispiele im Kanton und der ganzen Schweiz zeigen ein Bild vermehrter Gewaltbereitschaft und einer immer niedriger werdenden Toleranzschwelle auf. Auf diese Tatsachen werde auch immer wieder in Rapporten und persönlichen Gesprächen von Kaderleuten der Kapo hingewiesen. Wenn über eine längere Zeit nichts geschehe, sei die Versuchung gross, wiederum ziemlich rasch zur Tagesordnung überzugehen. Der Gemeinderat erwarte aber eine unverminderte Wachsamkeit von Profis draussen vor der Tür.

In der Diskussion des Stadtratsbüros sei unter anderem erwähnt worden, dass auch der Sozialdienst ohne Schutz arbeite. Diese Aussage sei so nicht richtig. Der Zugang in die Büros der sozialen Dienste sei besonders gesichert. Zudem bestehe auch ein Alarmdispositiv.

Nach Meinung des Gemeinderates sei es auch schwierig, fallweise Bewachungen anzuordnen. Jede Stadtratssitzung gelte als sogenannter Schlüsselanlass. Die Mitglieder des Stadt- und des Gemeinderates sollen weiterhin auf die präventive Sicherheitsdienstleistung zählen können. Schliesslich habe dies auch etwas mit der Wertschätzung gegenüber gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Stadt zu tun.

Nach Ansicht des Gemeinderates erübrige sich eine Prüfung, da der Plantondienst eine zweckmässige und vorsorgliche Massnahme sei und deswegen als wichtig und nötig erachte werde.

Beatrice Greber, Stadtrats-Vizepräsidentin: Im Stadtratbüro habe eine intensive Diskussion stattgefunden. Am liebsten möchten alle Menschen eine totale Sicherheit oder eine Versicherung dafür, dass nichts passiert. Sicherheitsfragen würden allgemein heftige Emotionen auslösen. Sicherheit sei eng mit der Angst verbunden, dass etwas passieren könnte und wer allenfalls die Schuld dafür zu tragen habe. Angst werde von Mensch zu Mensch sehr unterschiedlich empfunden. Da das Anliegen des Postulats jeden persönlich betreffe, finde eine Beurteilung auf der emotionalen Ebene statt. Eine Diskussion auf der rein sachlichen Ebene würde anders tönen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Im Büro seien beispielsweise folgende Fragen diskutiert worden:

- Wie hoch ist das Risiko wohl einzuschätzen, dass etwas passiere?
- Wie gross ist der Arbeitsaufwand?
- Was könnte in dieser Zeit anderes erledigt werden?
- Wie weit kann ein Plantondienst schützen?

Wenn die Absicht bestehe, das Parlament anzugreifen, könnte dies auch unten im Restaurantbereich geschehen oder auf dem Heimweg passieren.

Auch der Kompromissvorschlag, dass bei brisanten Geschäften ein Plantondienst angefordert werden könnte, sei diskutiert worden.

Die Mehrheit des Büros habe sich mit 3 zu 1 Stimmen für die Erheblicherklärung des Postulats und damit für die Prüfung des Anliegens ausgesprochen.

Albert Schaller: Sein Postulat ergänzend, halte er fest, dass natürlich leider niemand garantieren könne, dass es während Stadtratssitzungen zu keinen Zwischenfällen kommen könne. Sämtliche Gemeindeparlamente im Kanton Bern würden jedoch auf eine derartige Lösung, wie sie in Langenthal praktiziert werde, verzichten. Sicher wäre es falsch, all diesen Parlamentsgemeinden mangelndes Verantwortungsbewusstsein vorzuwerfen.

Im Sicherheitskonzept, unter "Aufgaben der Kantonspolizei", sei festgehalten: "*Ziffer 4 Bst. b Bewachung der deponierten Kleider und Gepäckstücke: Der uniformierte Polizist bewacht während den Stadtratssitzungen das deponierte Gepäck und die deponierten Kleider.*" Es sei nun jedem selber überlassen, zu beurteilen, ob es nicht sinnvollere Beschäftigungen für die Polizei gebe. Die Polizei könnte zum Beispiel während 52 Wochen jeden Mittwochnachmittag für zwei Stunden auf den Schul- und Sportarealen präsent sein (Vandalismus/Littering), oder während 100 Stunden im Herbst/Winter Lichtkontrollen bei Velos durchführen oder die Schulwege überwachen. Es gäbe noch viele Arbeiten, die tatsächlich Sinn machen würden. Erwähnenswert sei auch, dass die Stadt jederzeit und kurzfristig Polizisten für einen Sicherheitsdienst anfordern könne.

Mit dem Vorstoss werde nicht beabsichtigt den Dienst vollständig abzuschaffen, sondern es gehe darum, nach einer Lagebeurteilung durch den Vorsteher des Amtes für öffentliche Sicherheit und dem Wachtchef der Kantonspolizei anhand der Traktandenliste eine effiziente und verhältnismässige Sicherheit zu erbringen, was doch nicht falsch sein könne.

Weiter gebe er zu bedenken, dass die Stadt Langenthal jedes Jahr rund Fr. 45'000.00 für zusätzliche Patrouillen der Securitas ausgabe. Mehrere zehntausend Franken für zusätzliche Sicherheit an private Unternehmen zu zahlen, sei seiner Meinung nach unpassend, zumal - um es salopp auszudrücken - andererseits zwei Kantonspolizisten für Stadtratssitzungen "verlochet" werden.

Er hoffe, dass der Stadtrat - entgegen der Meinung des Gemeinderates - die Ampel auf "grün" stelle und sich für die Prüfung einer zeit- und bedarfsgerechten Lösung ausspreche, die darin bestehe, den generellen Bewachungsauftrag durch die Kantonspolizei abzuschaffen.

Was das erwähnte Alarmdispositiv der sozialen Dienste betreffe, weise er darauf hin, dass dieses aus einem Telefonalarm zur Stadtpolizei bestehe, die es aber seit rund 1 1/2 Jahren nicht mehr gebe.

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Für die Haltung des Gemeinderates spreche, dass die Voraussehbarkeit von Gefahren in einem gewissen Masse beschränkt sei. Sicher sei auch, wenn über eine längere Zeit nichts passiere, dass die Aufmerksamkeit in Bezug auf die Sicherheit schnell nachlasse.

Auch in der FDP/jll-Fraktion sei die Wertschätzung gegenüber dem Parlament als Argument für die Beibehaltung des Plantondienstes angeführt worden.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

Gegen die Beibehaltung des Plantondienstes spreche - wie Stadtrat Albert Schaller sehr ausführlich dargestellt und erläutert habe - dass die Ressourcen wahrscheinlich zweckmässiger anderweitig eingesetzt werden könnten. Auch sei das damit ausgesendete Signal vielleicht nicht richtig, da alle anderen Leute, die in Langenthal umherlaufen, dies ohne Polizeischutz tun. Zudem seien die im Stadtrat zu behandelnden Themen vielleicht auch nicht immer so brisant. Ausserdem würde das Parlament damit nicht an Flexibilität verlieren, da - wenn das Gefühl bestehen sollte, heikle Themen zu haben - der Plantondienst situationsbezogen aufgegeben werden könnte. Nicht zuletzt würden Vergleiche, wie in anderen Städten und Gemeinden vorgegangen werde, immer wieder gerne angestellt. Was den Plantondienst betreffe, so sei die Stadt Langenthal ein Einzelfall im Kanton Bern. Rein persönlich fühle er sich im Stadtrat eigentlich wirklich sicher.

Die FDP/jll-Fraktion werde im Verhältnis zwei zu eins für die Erheblicherklärung des Postulats stimmen.

Gemeinderat Rolf Baer: Solange nichts passiere, sei der Entscheid auf den Plantondienst zu verzichten, richtig. Die von Stadtrat Albert Schaller aufgezählten Aufgaben, die von der Kantonspolizei in dieser Zeit gemacht werden könnten, werden von der Kantonspolizei eh schon erledigt, da die Stadt diese Leistungen bereits (intensiv) eingekauft habe. Er persönlich freue sich über jede im präventiven Sinn arbeitende Patrouille, die er in Langenthal antreffe.

Stadtrat Albert Schaller habe die Ausgaben für die Securitas erwähnt. Die der Securitas übertragenen Aufgaben seien eine Ergänzung und nicht tel quel mit den Aufgaben der Polizei vergleichbar. Auch andere Städte im Kanton würden momentan noch zusätzliche Sicherheitsdienstleistungen einkaufen.

Stadtrat Albert Schaller habe auch das Alarmdispositiv im Sozialdienst angesprochen. Er hoffe ja schon, dass ein vom Sozialdienst ausgelöster Alarm bei der Kantonspolizei und nicht bei der ehemaligen Gemeindepolizei lande.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 18 Stimmen Nein gegen 16 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Schaller Albert (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011: Aufhebung des Plantondienstes "Stadtrat" durch die Kantonspolizei wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Interpellation Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011 betreffend die Zukunft der Fussgängerzone Obere Märitgasse (Planung und Umsetzung der entsprechenden Überbauungsordnung zwecks attraktiver Gestaltung); Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Interpellant verlange die Beantwortung drei konkreter *Fragen*:

1. *Wie ist der Stand der Überbauungsordnung Obere Märitgasse?*
2. *Welche Schritte unternimmt der Gemeinderat, um das für Langenthal zentrale Vorhaben nun unverzüglich umsetzen zu können?*
3. *Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, im Falle weiterer Verzögerungen seitens privater Grundeigentümer, wenigstens auf dem der Stadt gehörenden Grund und Boden (primär der Platz vor dem «Choufhüsi») Massnahmen zur Attraktivierung, umzusetzen?*

Antworten:

1. Die Überbauungsordnung Obere Märitgasse, welche wegen der neuen Beleuchtungslösung habe überarbeitet werden müssen, sei fertig.
2. Der Gemeinderat habe den privaten Grundeigentümern (Anstösser an die Märitgasse) einen Brief geschickt, mit dem aus rechtlichen Gründen eine bereits erfolgte Zustimmungserklärung nochmals eingeholt werden müsse, weil eben Änderungen an der Überbauungsordnung vorgenommen worden seien. Die Frist zur Beantwortung der Briefe laufe noch. Die bereits eingetroffenen Antworten seien bis anhin im positiven Sinn ausgefallen.
3. Der Gemeinderat sehe diese Möglichkeit nicht. Es gehe um ein Gesamtvorhaben, das im Strassenkörper die Erneuerung der Werkleitungen beinhalte, die nicht stückweise ersetzt werden können.

Wie die Antworten der privaten Grundeigentümer ausfallen werden, was die Seitenbereich der Märitgasse betreffe, und ob das gesamte Vorhaben in Angriff genommen werden könne, werde sich noch abzeichnen.

Lukas Felber: In Vertretung des entschuldigt abwesenden Stadtrats Pascal Dietrich müsse er leider sagen, mit den Antworten nicht zufrieden zu sein. Die Aussagen würden einmal mehr einer nebulösen Wolke gleichen, die ohne einen konkreten Zeithorizont zu haben, im Raum schweben. Es bleibe die Hoffnung, dass die als demnächst in Aussicht gestellte Lösung auch demnächst umgesetzt werden könne und, dass das Projekt am Schluss in der Marktgasse ähnlich gut herauskomme, wie das Wuhrplatzprojekt, das erfreuliche Fortschritte mache.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

11. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12 A. Eingereichte Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 28. Februar 2011 (Traktandum Nr. 4: Liegenschaft Alte Mühle; Finanzierung von Brandschutzmassnahmen; Gewährung einer Schenkung) - Beschlusspunkt 2: Verbuchung des erforderlichen Kredits

Motionstext:

"Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 28. Februar 2011 (Traktandum Nr. 4: Liegenschaft Alte Mühle; Finanzierung von Brandschutzmassnahmen; Gewährung einer Schenkung) - Beschlusspunkt 2: Verbuchung des erforderlichen Kredits

Der Gemeinderat wird beauftragt den Beschlusspunkt 2 Verbuchung des erforderlichen Kredites Schenkung an die Stiftung alte Mühle erneut im Stadtrat zu traktandieren. Der Beschlusspunkt 2 ist in Wiedererwägung zu ziehen und neu so zu verfassen, dass die Schenkung bei Ausführung in der laufenden Rechnung verbucht wird.

Ausgangslage

An der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 haben die anwesenden Stadtratsmitglieder die Schenkung von Fr. 450'000.00 zu Gunsten der Brandschutzmassnahmen im Gebädetrakt der alten Mühle beschlossen. Unter dem Beschlusspunkt 2 wurde die Verbuchung des erforderlichen Kredites mit folgendem Wortlaut verabschiedet:

2. Der erforderliche Kredit von Fr. 450'000.00 wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 164.565.02 «Stiftung Mühle, Investitionsbeitrag, Brandschutz» bewilligt.

Antrag Beschlusspunkt 2

Der Entscheid Punkt 2 des Beschlusses ist in Wiedererwägung zu ziehen. Der Wortlaut des Beschlusses ist wie folgt zu ändern und neu zu beschliessen:

2. Der erforderliche Kredit von Fr. 450'000.00 wird zulasten der laufenden Rechnung der Stadt Langenthal, Konto Nr. ??? «Stiftung Mühle, Schenkung Brandschutz» bewilligt.

Begründung

Der Stadtrat hat eine Schenkung beschlossen. Dies ist ein Geldabfluss ohne entsprechenden Mehrwert in der Rechnung der Stadt Langenthal. Der Stadtrat investiert nicht in eine «eigene» Liegenschaft, daher kann der Betrag auch nicht in die Investitionsrechnung verbucht werden. Die Schenkung ist eine Ausgabe, welche umgehend der laufenden Rechnung zu belasten ist."

Stefan Ryser und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 B. Eingereichte Motion Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Finanzierung der Ortsparteien

Motionstext:

"Finanzierung der Ortsparteien (Art. 34 Geschäftsordnung des Stadtrates)

Der Gemeinderat wird beauftragt, raschmöglichst einen Vorschlag für die Erhöhung der finanziellen Unterstützung der örtlichen Parteien vorzulegen.

Begründung:

Die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger in Kommissionen sowie im Gemeinde- und Stadtrat basiert auf der personellen Basisarbeit der jeweiligen Ortsparteien. So sind alle vier Jahre nebst einem grossen persönlichen Einsatz der Parteivorstände, hohe finanzielle Aufwendungen notwendig für die Suche der Kandidatinnen und Kandidaten sowie für Administration und Werbung. Die Arbeit der Ortsparteien (Fraktions- und Vorstandsmitglieder) ist im wesentlichen auf die Tätigkeit in den Gremien der Stadt Langenthal ausgerichtet.

Im Verhältnis zu den Sportvereinen werden die Aufwendungen der Parteien zu Gunsten der Gemeinde zu wenig gewichtet.

Im Jahr 2010 wurden die 8 Ortsparteien von Langenthal mit einem Beitrag von Fr. 200.00 bis Fr. 2'200.00 unterstützt. Berechnungsbasis sind die Anzahl Sitze im Stadtrat. Somit wurden im 2010 total Fr. 8'000.00 ausgerichtet.

Im selben Zeitraum wurden an 20 Sportvereine im Schnitt Fr. 4'000.00 ordentliche Beiträge, total Fr. 76'000.00 ausgerichtet."

Kurt Wyss und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 C. **Eingereichte Motion Baumgartner Renato (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer elektronischen Aktenauflage für die Räte und Kommissionen**

Motionstext:

"Einrichtung einer elektronischen Aktenauflage

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine elektronische Aktenauflage für die Räte und Kommissionen der Stadt Langenthal einzurichten, soweit der Datenschutz dies erlaubt.

Begründung

In der heutigen Zeit wird die elektronische Datenverarbeitung immer wichtiger und macht auch vor der Stadtverwaltung nicht halt. Heute wird kaum mehr eine Einladung oder ein Protokoll von Hand geschrieben, sondern diese Dokumente werden fast ausnahmslos mit dem Computer erstellt. Protokolle und Einladungen werden in einigen Fällen bereits elektronisch an die Behördenmitglieder verteilt, sei dies per E-Mail oder auf der Webseite der Stadt Langenthal.

Die Aktenauflage des Stadt- und Gemeinderates sowie der Kommissionen steht den Mitgliedern jedoch bis heute nur in Papierform zur Verfügung, obwohl bereits alle Dokumente in digitaler Form vorliegen würden.

Eine digitale Aktenauflage würde es den Behördenmitgliedern erleichtern sich durch die Akten zu wälzen, da man gezielter und schneller nach Stichworten suchen kann und so allfällige Antworten schnell beantwortet werden können.

Eine elektronische Aktenauflage könnte auf mehrere Weisen realisiert werden. Als Ergänzung zur heutigen Aktenauflage wäre es denkbar, einen oder mehrere Computer in der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen, damit die Akten auf der Stadt eingesehen werden können. Eine andere Variante stellt der Zugriff auf die elektronischen Akten von ausserhalb der Stadtverwaltung dar, sei durch Zugriff auf einen geschützten Bereich auf der Webseite der Stadt oder durch einen geschützten Zugriff auf einen separaten Server auf der Stadtverwaltung. "

Renato Baumgartner und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 D. Eingereichte Motion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011

Motionstext:

"Gebäudestandard 2011

Der Gemeinderat wird aufgefordert, den «Gebäudestandard 2011» von Energiestadt einzuführen.

Mit der Einführung des «Gebäudestandards Langenthal 2011» beschloss der Gemeinderat eine Abschwächung des Gebäudestandards 2008 von Energiestadt

Vor allem die Abschwächung des Punktes 4. erneuerbare Energien von 40% auf 20%, was dem gesetzlichen Standard entspricht, sind einer Energiestadt wie Langenthal nicht würdig. Jeder Neubau muss in der Schweiz diesen Anteil von 20% erneuerbaren Energien erreichen. Fakt ist, dass die endlichen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas möglichst rasch ersetzt werden müssen. Auch die Energiestadt Langenthal sollte eine Vorbildfunktion diesbezüglich einnehmen. Der Einsatz von erneuerbaren Energien in der Heiztechnik kann heute ohne grosse Mehrkosten umgesetzt werden.

Der «Gebäudestandard 2008» von Energiestadt wurde Anfang 2011 leicht verschärft. Der Gebäudestandard 2011 will einen Beitrag leisten zur verstärkten Umsetzung von Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie gesundes Innenraumklima und Bauökologie. Die Vorgaben sind auf Standards und Label abgestützt, welche im Bauwesen akzeptiert und verbreitet sind.

Für jede Bauaufgabe wird nach Prüfung der Machbarkeit entschieden, ob sie sich für die Einhaltung der weitergehenden Vorgaben für die 2000-Watt-Gesellschaft eignet. Dabei ist auch der SIA Effizienzpfad Energie zu berücksichtigen.

Wir fordern den Gemeinderat von Langenthal auf, sich den aktuellen Gebäudestandard 2011 als Richtlinie zu geben."

Anna Aeberhard, Samuel Köhli und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. Mai 2011

12 E. Eingereichtes Postulat Baumgartner Renato (SP) vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse für Mitglieder des Stadtrates

Postulatstext:

"Einrichtung einer @langenthal.ch Adresse für Mitglieder des Stadtrates

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vergabe von E-Mailadressen der Stadt Langenthal an die Mitglieder des Stadtrates zu prüfen.

Begründung

Heute wird den Gemeinderäten der Stadt eine E-Mailadresse in der Form vorname.nachname@langenthal.ch zur Verfügung gestellt. Dies erleichtert es einerseits der Bevölkerung und auch den Medien sich mit dem entsprechenden Mitglied des Gemeinderates in Verbindung zu setzen. Andererseits müssen die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen nicht die private E-Mailadresse weitergeben.

Als Stadtrat hat man diese Vorteile noch nicht. Ich denke, dass es ein kleiner Aufwand seitens der Stadtverwaltung darstellt, den Stadträten und Stadträtinnen eine E-Mailadresse in der oben genannten oder einer ähnlichen Form (z.B. vorname.nachname@sr.langenthal.ch, damit keine Verwechslung bei Mitgliedern des Stadtrates entsteht, die bereits eine Adresse der Stadt haben) zur Verfügung zu stellen. Diese E-Mailadresse könnte dann auch auf der Webseite der Stadt veröffentlicht werden."

Renato Baumgartner

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12 F. Eingereichtes Postulat Burlon Ralph (SVP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Überprüfung/Optimierung der heutigen Aktenauflage

Postulatstext:

"Überprüfung/Optimierung der heutigen Aktenauflage

Die Aktualität zeigt auf, dass geprüft werden soll, ob allenfalls eine optimalere Örtlichkeit gefunden werden kann (Störung durch «Laufkundschaft», Platzangebot für Akten und Dossiers, Platzangebot bei mehreren Personen bezüglich der Vertraulichkeit der Akten gewisser Kommissionen)."

Ralph Burlon und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13. In eigener Sache

■ Information zur ict4kids-Vorlage

Stadtratspräsident Roland Christen: Die anlässlich der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 unterbrochene Beratung der ict4kids-Vorlage, werde anlässlich der Stadtratssitzung vom Montag, 27. Juni 2011 fortgesetzt. Der Gemeinderat werde den Stadratsmitgliedern bereits morgen, Dienstag, 10. Mai 2011 ergänzendes Aktenmaterial zum Studium zustellen.

■ Rücktritt von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf (EVP) per 31. Mai 2011

EINGEGANGEN

5. MAI 2011

Michèle Rentsch-Ryf
Stadträtin EVP
Dennliweg 43
4900 Langenthal

Langenthal, 2. Mai 2011

Stadtrat
z.H. Stadtratspräsident
Jurastrasse 22
4900 Langenthal

Demission als Stadträtin

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, lieber Roland

Aufgrund meiner familiären und beruflichen Situation demissioniere ich per Ende Mai 2011 als Stadträtin der EVP.
Während meiner sechs Jahre als Stadträtin habe ich viele interessante Menschen kennengelernt, Kontakte geknüpft, vielen hitzigen, manchmal nervenaufreibenden, meist aber guten Diskussionen beigewohnt und hin und wieder etwas bewegen können. Es war eine sehr spannende und bereichernde Zeit.
Nun freue ich mich aber darauf, dass ich mehr Zeit für mich und meine Familie gewinne.

Ich wünsche dir für die verbleibende Zeit in deinem Amtsjahr als Stadtratspräsident viel Freude!

Freundliche Grüsse

Michèle Rentsch-Ryf

Stadtratspräsident Roland Christen: In den vergangenen sechs Jahren sei Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf als interessierte, sympathische und kompetente Parlamentspolitikerin aufgefallen und aufgetreten. Ihre Voten, Vorschläge, Einwände und Anregungen seien stets geschickt gewählt ausgefallen. Ihre Botschaften seien immer angekommen.

Die Parlamentsmitglieder verlieren mit dem Rücktritt von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf eine pflichtbewusste und weitsichtige Kollegin.

Michèle Rentsch-Ryf habe sich für die Familie und den Beruf entschieden, was es zu akzeptieren gelte.

Im Namen des Parlaments und dem Gemeinderat danke er Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf mit der Übergabe eines Blumenstrausses herzlich für die grosse geleistete Arbeit.

(Applaus)

■ Verdankung

Stadtratspräsident Roland Christen: Für die guten Geburtstagswünsche inklusive dem Gesangsvortrag zu Beginn der Sitzung und für die von allen Anwesenden unterzeichnete Designer-Geburtstagskarte sowie die verschiedenen Geschenke, die er erhalten habe, danke er herzlich.

Als aktiven Jodler beruhige es ihn zu wissen, dass es im Stadtrat noch Nachwuchsjodler gebe, falls es Nachwuchsprobleme bei den Jodlerinnen und Jodlern geben würde.